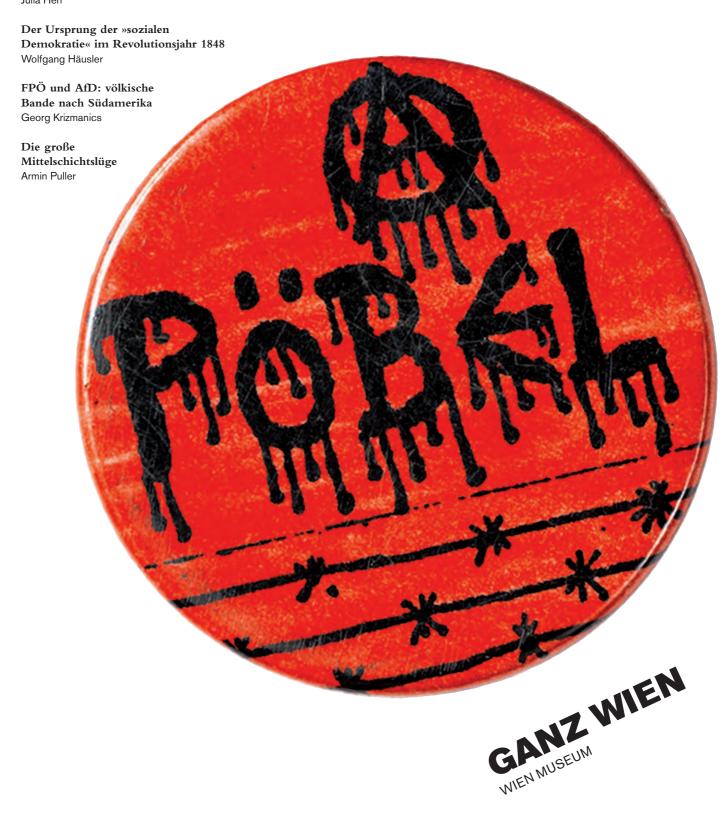
ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

Gemeinsam sind wir mehr!
Julia Herr







WOLFGANG AMBROS: ES LEBE DER ZENTRALFRIEDHOF, LP, 1975 Coverfoto: Wolfgang Sos

EDITORIAL

Nach dem Aufkommen der Affäre Landbauer stellt sich vielen die Frage: Wo ist denn diese »rote Linie«, von der Kanzler Kurz im deutschen Fernsehen im Zusammenhang mit den Berührungspunkten zwischen seinem Koalitionspartner FPÖ und der rechtsextremen Szene gesprochen hat? Liederbücher der Burschenschaft Germania, deren Liedtexte zum Völkermord aufrufen, rassistisch, antisemitisch, NS- und kriegsverherrlichend sind, und deren Vizeobmann freiheitlicher Spitzenkandidat der FPÖ Niederösterreich ist, sind es offenbar nicht. Jedenfalls dann nicht, wenn FPÖ-Politikern noch ausreichend dumm-freche Ausreden einfallen. Landbauer sei zum Zeitpunkt der Drucklegung des Liederbuchs 1997 erst 11 gewesen. Als er dann Jahrzehnte später mit 14 Jahren im Jahr 2000 zur Germania stieß, seien alle ihm zugänglich gewesenen Liederbücher schon geschwärzt und ob der herausgerissenen Seiten unvollständig gewesen. Wer hat nicht zu Hause Bücher mit geschwärzten Textzeilen und herausgerissenen Seiten? Und wer würde dann schon nachfragen, was es damit auf sich hat? Und wer würde dann nicht noch 18 Jahre warten, um die Absicht zu äußern, neue Liederbücher zu drucken? Es ist ziemlich offensichtlich, warum Landbauer und seine Gesinnungsfreude bei der Germania an all dem keinen Anstoß genommen haben.

Aber Kurz rote Linie ist dennoch sichtbar geworden: Ausschließungsgrund für eine Koalition ist nicht die Gesinnung, sondern nur die Blödheit, diese Gesinnung so offen zur Schau zu tragen, dass die Gerichte gar nicht mehr anders können, als den Betreffenden einzusperren. Ein Problem ist nur derjenige, der den Germania-Leitspruch »Deutsch und treu in Not und Tod« partout nicht ruhend stellen kann, wenn es die medialen Umstände und die staatsanwaltlichen Ermittlungen für einen kurzen Moment erfordern. Zurecht hat aber auch Michael Häupl eine Frage gestellt, auf die die Rot-Blau-BefürworterInnen innerhalb und außerhalb der spö beharrlich keine Antwort geben: »Was täten denn wir jetzt in einer rot-blauen Koalition?« Wenn diese unfassbare Affäre zu etwas gut war, dann wohl dazu, dass es nicht länger möglich ist, sich die Fpö-Kader schön zu lügen.

Während das Verhältnis zu FPÖ-Politikern aus Sicht der SPÖ klargestellt sein sollte, bleibt die Frage, wie die Sozialdemokratie das Vertrauen von zur FPÖ abgewanderten WählerInnen wieder gewinnen kann, aber natürlich auf der Tagesordnung:

Julia Herr argumentiert in ihrem Beitrag, warum es für dieses Ziel kontraproduktiv ist, auf alte FPÖ-Argumentationsmuster aufzuspringen und warum man die FPÖ jetzt mit einer sozialdemokratischen Gegenerzählung im Sozialbereich stellen muss.

Ludwig Dvořák stellt das vor kurzem erschienene Buch »Fremd in ihrem Land« der US-amerikanischen Soziologin Arlie Russell Hochschild vor, die sich im zweitärmsten Bundesstaat Louisiana auf die Suche nach der Frage gemacht hat, welche politischen, sozialen und emotionalen Ursachen ausgebeutete und von Umweltzerstörung betroffene Arbeiter dazu bringt, einen Ausbeuter und Umweltzerstörer wie Donald Trump zum Präsidenten zu wählen.

Christian Hofmann erläutert, was hinter der von Schwarz-Blau geplanten Abschaffung des Jugendvertrauensrats steckt.

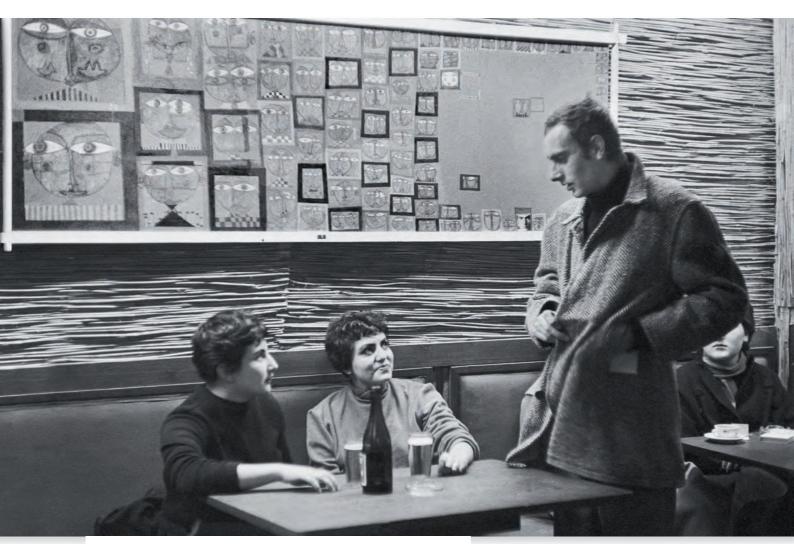
Wolfgang Häusler wirft anlässlich des 200. Geburtstags von Ernst von Violand einen Blick auf den Beitrag dieses revolutionären Demokraten zur Revolution von 1848 in Wien, seine Berührungspunkte mit Karl Marx und zur Entwicklung des Begriffs der »sozialen Demokratie«.

Ernst Krizmanics beleuchtet die Zusammenhänge und Kontakte zwischen Burschenschaften und Rechtsparteien in Österreich und Chile.

Armin Puller stellt in seiner Besprechung des Buchs »New Politics of Class« neue Forschungserkenntnisse dar, warum der Klassenbegriff keineswegs obsolet, sondern für die aktuellen politischen Entwicklungen und die sozialdmeokratische Zukunft besondere Wichtigkeit dar .

Nach den **Buchtipps** wirft zum Abschluss **Caspar Einem** in einem **Kommentar** einen Blick auf das **außenpolitische Kapitel** des Regierungsprogramms.





FRIEDENSREICH HUNDERTWASSER IM STROHKOFFER, 1953 Foto: Erich Lessing

Inhalt



BUTTON DER PUNKBAND PÖBEL, UM 1981 © Ilse Hoffmann

6 Gemeinsam sind wir mehr!

VON JULIA HERR

12 Das große Paradoxon

VON LUDWIG DVOŘÁK

18 Demokratieabbau im Betrieb

VON CHRISTIAN HOFMANN

22 Der Ursprung der »sozialen Demokratie« im Revolutionsjahr 1848

VON WOLFGANG HÄUSLER

30 FPÖ und AfD: völkische Bande nach Südamerika

VON GEORG KRIZMANICS

34 Die große Mittelschichtslüge

VON ARMIN PULLER

42 Buchtipps

Sachliches & Belletristisches

44 Die Botschaft hör ich wohl ...

KOMMENTAR VON CASPAR EINEM

OFFENLEGUNG GEM. § 25 MEDIENGESETZ

Verleger ist die »VA Verlag GmbH«, Herausgeber ist die »Gesellschaft zur Herausgabe der Zeitschrift ZUKUNFT« beide in 1110 Wien, Kaiser Ebersdorferstraße 305/3. Blattlinie: »ZUKUNFT« ist eine Diskussionszeitschrift der sozialdemokratischen Bewegung in Österreich. Die »Zukunft« sieht ihre Aufgabe vor allem darin, auf hohem Niveau Entwicklungen der Gesellschaft, der Wirtschaft und der Kultur, Fragen der internationalen und österreichischen Politik zu analysieren und zu diskutieren.

IMPRESSUM Herausgeber: Gesellschaft zur Herausgabe der Zeitschrift "Zukunft", 1110 Wien, Kaiserebersdorferstraße 305/3 Verlag und Anzeigenannahme: VA Verlag GmbH, 1110 Wien, Kaiserebersdorferstraße 305/3 Verlag und Anzeigenannahme: VA Verlag GmbH, 1110 Wien, Kaiserebersdorferstraße 305/3 Verlag und Anzeigenannahme: VA Verlag GmbH, 1110 Wien, Kaiserebersdorferstraße 305/3 Verlag und Anzeigenannahme: VA Verlag GmbH, 1110 Wien, Kaiserebersdorferstraße 305/3 Verlag und Anzeigenannahme: VA Verlag GmbH, 1110 Wien, Kaiserebersdorferstraße 305/3 Verlag und Anzeigenannahme: VA Verlag GmbH, 1110 Wien, Kaiserebersdorferstraße 305/3 Verlag und Anzeigenannahme: VA Verlag GmbH, 1110 Wien, Kaiserebersdorferstraße 305/3 Verlag und Anzeigenannahme: VA Verlag GmbH, 1110 Wien, Kaiserebersdorferstraße 305/3 Verlag und Anzeigenannahme: VA Verlag GmbH, 1110 Wien, Kaiserebersdorferstraße 305/3 Verlag und Anzeigenannahme: VA Verlag GmbH, 1110 Wien, Kaiserebersdorferstraße 305/3 Verlag und Anzeigenannahme: VA Verlag GmbH, 1110 Wien, Kaiserebersdorferstraße 305/3 Verlag und Anzeigenannahme: VA Verlag GmbH, 1110 Wien, Kaiserebersdorferstraße 305/3 Verlag und Anzeigenannahme: VA Verlag GmbH, 1110 Wien, Kaiserebersdorferstraße 305/3 Verlag und Anzeigenannahme: VA Verlag GmbH, 1110 Wien, Kaiserebersdorferstraße 305/3 Verlag und Anzeigenannahme: VA Verlag GmbH, 1110 Wien, Kaiserebersdorferstraße 305/3 Verlag und Anzeigenannahme: VA Verlag GmbH, 1110 Wien, Kaiserebersdorferstraße 305/3 Verlag und Anzeigenannahme: VA Verlag GmbH, 1110 Wien, Kaiserebersdorferstraße 305/3 Verlag und Anzeigenannahme: VA Verlag GmbH, 1110 Wien, Kaiserebersdorferstraße 305/3 Verlag und Anzeigenannahme: VA Verlag GmbH, 1110 Wien, Kaiserebersdorferstraße 305/3 Verlag und Anzeigenannahme: VA Verlag GmbH, 1110 Wien, Kaiserebersdorferstraße 305/3 Verlag und Anzeigenannahme: VA Verlag GmbH, 1110 Wien, Kaiserebersdorferstraße 305/3 Verlag und Anzeigenannahme: VA Verlag GmbH, 1110 Wien, Kaiserebersdorferstraße 305/3 Verlag und Anzeigenannahme: VA Verlag GmbH, 1110 Wien, Ka

Gemeinsam sind wir mehr!

Die Debatte um die Mangelberufsliste hat die Frage aufgeworfen, ob und wie die Sozialdemokratie Arbeitsmigration zum Thema machen soll. Julia Herr plädiert dafür, den Fokus auf eine eigene Erzählung – die gemeinsamen Interessen aller Arbeitenden – zu richten und so dem FPÖ-Storytelling eine glaubwürdige Alternative gegenüberzustellen. Die Aktion der neuen SPÖ-Bundesgeschäftsführung zur Beibehaltung der Aktion 20.000 deute einen richtigen Weg an.

ie Pläne der Bundesregierung zur Regionalisierung der Mangelberufslisten ließen die Wogen hochgehen. In einer Presseaussendung warnte die spö »Die fpö holt 150.000 Zuwanderer ins Land« und zog mit dieser missglückten Formulierung viel berechtigte Kritik auf sich. Die Kurz-övp entblödete sich nach Monaten des Dauer-Angst-Wahlkampfs nicht, der spö sogar »Angstmache« vorzuwerfen.

Tatsächlich hatten Christian Kern und der neue Bundesgeschäftsführer Max Lercher alle Hände voll zu tun, die in die falsche Richtung gehende Debatte wieder einigermaßen einzufangen. Nicht weil sie einen Kurswechsel markiert, sondern weil sie ein seit Monaten und Jahren bestehendes Spannungsfeld in unserer Partei berührt: Kann man zur FPÖ übergelaufene WählerInnen durch einen harten Kurs in der Asyl-/Fremdenrechts-/Sicherheitspolitik zurückgewinnen? Dabei geht es nicht nur um konkrete Forderungen, es geht auch um den Kontext, in den sich diese einordnen, die Geschichte, die wir (und die anderen) als Partei erzählen.

POLITISCHES FRAMING

»Weder in der Programmatik noch in der Sprache sollte man sich seinem politischen Gegner annähern, aus dem Bestreben heraus, damit auf Wählerfang in der Mitte zu gehen«, erklärt Neurolinguistin Elisabeth Wehling – ein extrem wichtiger Satz.

Die Debatte um politische Frames ist nach wie vor eine aktuelle; ist schließlich längst bewiesen, dass jeder Satz, jedes Wording Bilder im Kopf erzeugt. Die Frage welche Bilder man als Partei erzeugen will, welche Emotionen man in den Köpfen wecken will, wohin man die Stimmung der

Bevölkerung eigentlich drehen will, ist eine höchst relevante Frage.

Die FPÖ hat in den letzten zehn Jahren nicht nur Themen, sondern Signalwörter und ganze Redewendungen für sich besetzt. So wurden ganz banale Wortfetzen wie »wir müssen die Sorgen der Leute ernst nehmen« plötzlich immer gemeinsam mit einer restriktiven Asylpolitik kommuniziert. Die FPÖ hat sämtliche Themenfelder mit ihrer »Die Asylanten sind die Gefahr«-Story verbunden, die sie seit zehn Jahren immer und immer und immer wieder erzählt und dadurch einen Themenschwerpunkt in der Innenpolitik Österreichs geschaffen. Keine leistbare Wohnung verfügbar? Flüchtlinge schuld. Keine Arbeit? Flüchtlinge schuld. Zu wenig Einkommen? Flüchtlinge schuld. Keinen Durchblick mehr, warum die ganze Welt wahnsinnig zu werden scheint? Erst recht die Flüchtlinge schuld.

Im letzten Nationalratswahlkampf hat die ÖVP auf dieser Erzählung aufgebaut und sie geradezu übernommen. Sebastian Kurz hat die FPÖ-Inhalte mit politischer Seriosität und dem Glamour des Jungstars verknüpft und so rechtspopulistische Politik in der Mitte der Gesellschaft weiter salonfähig gemacht. Das Wort vom »Strache für Zusatzversicherte« brachte es gut auf den Punkt.

WAS FÜR DIE ÖVP FUNKTIONIERT, WÜRDE BEI DER SPÖ SCHEITERN

Daraus kann aber nicht der Schluss gezogen werden, die spö könnte mit der gleichen Strategie ebensolche Erfolge einfahren. Aus politischer Kurzsichtigkeit heraus Forderungen oder Wordings der Fpö zu übernehmen, weil man sich bei diesen Themen vermeintlich großen Zuspruch erhofft, führt zu einer Stärkung des Storytellings der FPÖ. Man stimmt dem inhaltlich zu. Werden Forderungen wie »zu wenige Abschiebungen« auch von der politischen Linken übernommen, hebt man sie auf eine allgemeingültige Ebene.

Die FPÖ wird auch an der Regierung nicht einmal die Hälfte ihrer menschenfeindlichen Sprüche umsetzen können, sie sie seit Jahren anschlägt. Noch (!) sind dafür die rechtsstaatlichen und grundrechtlichen Schutzmechanismen zu stark. Wer aber meint, die FPÖ damit zu schlagen, ihr vorzuhalten, dass sie das Land nicht hermethisch genug abschottet und Ausländer nicht ausreichend quält, der unterschätzt den Erfindungsreichtum der blau-schwarzen Bösartigkeit. Vom »Konzentrieren« von AsylwerberInnen über »Massenquartiere« am Stadtrand bis zur Kürzung der Familienbeihilfe für slowakische Pflegerinnen werden övp und FPÖ ihr Thema mit immer neuen Variationen weiter bedienen.

DIE AUSBEUTUNG BEKÄMPFEN, NICHT DIE AUSGEBEUTETEN

Heißt das, die spö sollte es widerspruchslos hinnehmen, wenn övp und fpö verstärkt Erntearbeiter oder Küchenkräfte nach Österreich holen wollen, um ArbeitnehmerInnen weiter leicht ausbeuten zu können?

Nein, in keiner Weise. Aber es kommt darauf an, wie wir dieses Thema ansprechen: Es geht darum, die Ausbeutung zu bekämpfen, nicht die Ausgebeuteten. Wir müssen kompromisslos für die Rechte der ArbeitnehmerInnen einsetzen, egal wo sie herkommen. Was wir zu fürchten haben, sind nicht die Abwäscherinnen, die unbezahlt in der Küche Überstunden leisten. Sondern die Arbeitgeber, die die Wehrlosigkeit von Beschäftigten ausnützen wollen. Unser Ziel, das wurde letztlich klargestellt, ist die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Jobs, in denen es derzeit trotz hoher Arbeitslosigkeit und vorhandenen Arbeitskräften niemand lange aushält: weil die Bezahlung nicht passt, weil Arbeitszeiten nicht eingehalten werden, weil die Arbeitsbedingungen unerträglich sind. ArbeitnehmerInnen mit und ohne Migrationshintergrund haben hier ein gemeinsames Interesse. Und das müssen wir hervorkehren.

ES GEHT UM DIE SOZIALE FRAGE

Auslöser dieser Debatte war eine schlecht gewählte Formulierung, die in der Bundes-spö inzwischen bedauert wird. Doch die dahinterliegende Frage steht unausgesprochen seit Jahren im Raum. Können wir mit restriktiver Asyl-/Frem-

denrechts-/Sicherheitspolitik eine rechte Flanke »schließen«? Alle Versuche dazu sind seit Jahren in der Praxis gescheitert und dieses Scheitern ist auch theoretisch gut erklärbar. Fehler passieren. Aber eine falsche Strategie muss man ändern.

Ende Jänner hat die Spö-Bundesgeschäftsführung gezeigt, in welche Richtung es auch gehen kann. Vor allen regionalen Geschäftsstellen des AMS wurde zeitgleich gegen die geplante Streichung der »Aktion 20.000« und der Notstandshilfe protestiert. Es ist die erste bundesweite Aktion dieser Art, an die ich mich erinnern kann. Und sie setzt den Schwerpunkt richtig, weil sie die richtige Geschichte erzählt: Dass wir eine Politik der Vielen, övp und fpö für die Wenigen machen.

ZWEI ENTSCHEIDENDE FRAGEN

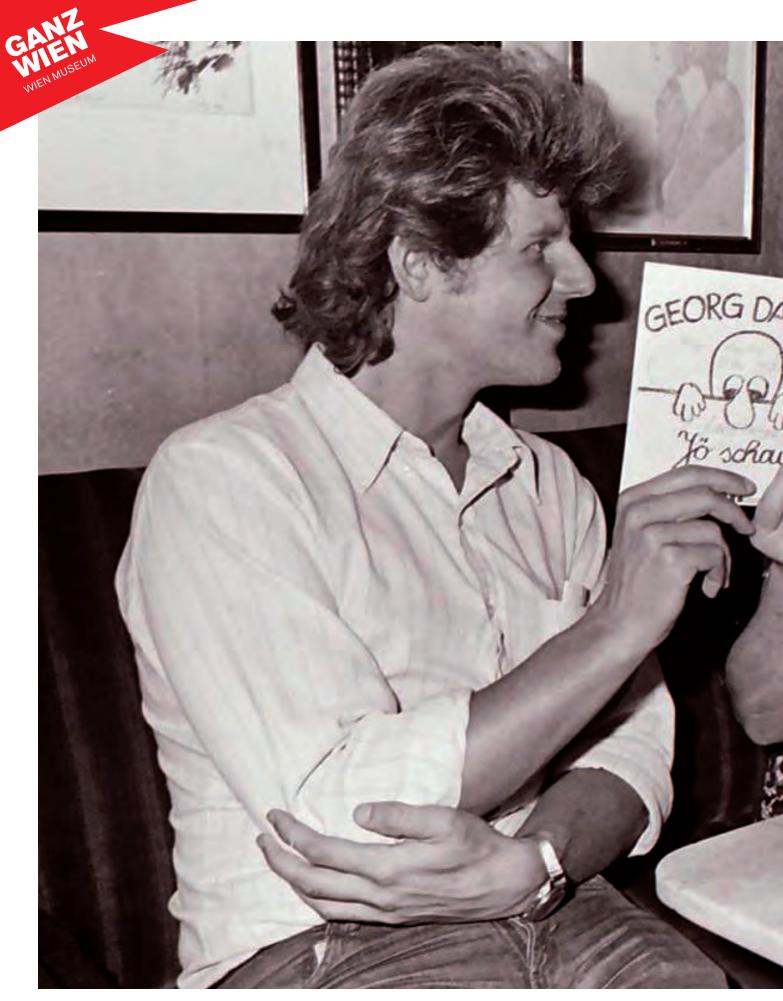
Parteien wie die spö sollten sich zwei Frage stellen. Frage I: Was sind denn die wirklichen Sorgen der Menschen, die wir ernst nehmen müssen? Und Frage 2: Führt das Verstärken von rechten Spins dazu, dass wir die Menschen, die diese Sorgen haben, erreichen und für uns gewinnen? Mein Eindruck ist, dass die Hauptsorge vieler Menschen ist, dass sie keine leistbare Wohnung, keine gute Arbeit, kein vernünftiges Einkommen für sich oder ihre Kinder sichern zu können. Dass die Welt instabil und unverständlich geworden ist. Dass ihre Leistung nicht gewürdigt wird. Dass sie trotz größter Anstrengung nicht vom Fleck kommen. Derzeit gibt es auf die Frage, warum das so ist, nur eine Antwort, in der öffentlichen Debatte: die Flüchtlinge.

Wollen wir im nächsten Nationalratswahlkampf wieder als Hauptthema Asyl, Integration und Radpanzer? Oder wollen wir in den nächsten Jahren daran arbeiten, dass die soziale Frage, die Frage nach guter Arbeit und höheren Löhnen, nach Absicherung bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit, nach Pflege, nach genügend Freizeit für ein schönes Leben, nach Aufstiegschancen und Respekt für alle diskutiert wird? Denn dann brauchen wir unser eigenes Framing und den Mut zur eigenen Ideologie.

Abschließend noch ein Zitat von Elisabeth Wehling: »Wenn man über Jahre oder zum Teil sogar Jahrzehnte das eigene ideologische Gedankengut sprachlich vernachlässigt, darf man sich nicht wundern, wenn es in den Köpfen und Taten der MitbürgerInnen abgebaut wird.«

JULIA HERR

ist Vorsitzende der Sozialistischen Jugend Österreich.
Eine Kurzfassung dieses Textes wurde von ihr gemeinsam
mit der vsstö-Vorsitzenden Katharina Embacher als »Kommentar der
anderen« im Standard veröffentlicht.



GEORG DANZER ÜBERGIBT FRAU JOSEFINE HAWELKA DIE SINGLE JÖ SCHAU, 1975 Foto: Wolfgang Sos



GARIN

Wien als Musikstadt Dieses überstrapazierte Label speist sich zumeist aus den unterschiedlichen Spielarten der klassischen Musik, von der Wiener Schule Haydns, Mozarts und Beethovens über Schubert und Strauß bis hin zur Zwölftonmusik. Das diesbezügliche Terrain inklusive einer spezifischen »Wiener« Ästhetik ist wissenschaftlich gründlich aufbereitet.

Anders verhält es sich mit der popkulturellen Musik seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Zwar gelten Namen wie Georg Danzer, Falco oder neuerdings Wanda über die Grenzen Österreichs hinaus als ebenso singuläre wie prototypische Musikbotschafter Wiens. Doch eine systematische Erfassung und Beschreibung des Phänomens gibt es erst in Ansätzen. Einen ersten Versuch dazu lieferte die Publikation »Wien Pop. Fünf Jahrzehnte Musikgeschichte erzählt von 130 Protagonisten«, die 2013 im Falter Verlag erschien. Die Ausstellung »Ganz Wien. Eine Pop-Tour« unternimmt nun den nächsten Schritt und erzählt eine Geschichte Wiens anhand von elf popkulturellen Brennpunkten seit den 1950er Jahren: vom »Strohkoffer«, in dem u. a. die Wiener Gruppe auftrat, über das skandalumwitterte »Voom Voom« der 60er-Jahre, den »Folkclub Atlantis« der 70er-Jahre und die 80er-Kultdisco »U4« bis hin zu jüngeren Avantgardeszenetreffs wie »Flex« oder »rhiz«.

Bis 25. März 2018 Wien Museum Karlsplatz 1040 Wien, Karlsplatz 8 www.wienmuseum.at



GIG 111 103



Das große Paradoxon

Die ultrarechte Tea Party kämpft in den USA mit aller Macht gegen zentralstaatliche Sozialleistungen und Umweltschutzauflagen. Warum ist sie gerade in den Staaten am erfolgreichsten, die am meisten auf diese Programme angewiesen sind? Die linksliberale Soziologin Arlie Russell Hochschild hat fünf Jahre lang rund 40 Tea-Party-AnhängerInnen im zweitärmsten US-Bundesstaat Louisiana begleitet, um zu verstehen, warum Donald Trump hier fast 60 Prozent der Stimmen erhielt – und warum viele WählerInnen einen Kandidaten unterstützen, der gegen ihre materiellen Interessen Politik macht.

icht nur die soziale, auch die politische Polarisierung nimmt in den USA ständig zu: 1960 sahen nur fünf Prozent der Mitglieder von Demokraten und Republikanern ein Problem darin, wenn ihr Kind ein Mitglied der jeweils anderen Partei heiraten würde. 50 Jahre später waren es bereits bis zu 40 Prozent. Und rund 50 Prozent sehen die Politik der jeweils anderen Partei als »Gefahr« für das Land an.

Die linksliberale Soziologin Arlie Russell Hochschild wollte die von ihr konstatierte »Empathiemauer« zwischen den beiden Lagern durchbrechen und verstehen, wie rechte Republikaner ticken, was sie antreibt, sich der Tea Party anzuschließen oder - in weiterer Folge - auch Trump zu wählen. Ihr Forschungsgegenstand führte sie nach Louisiana: Der zweitärmste Bundesstaat der USA ist Fördergebiet zahlreicher Öl- und Gaskonzerne und Sitz zahlreicher petrochemischer Industrieanlagen. Er kämpft nach acht Jahren unter dem ultrarechten Gouverneur Bobby Jindal, der Unternehmenssteuern kürzte und Umweltschutzauflagen senkte, mit massiven Haushaltsproblemen und den Folgen massiver Umweltzerstörung. Donald Trump, der die Abschaffung der nationalen Umweltschutzbehörde forderte, gewann hier im März 2016 die republikanischen Vorwahlen und erhielt bei den Präsidentschaftswahlen im November 2016 58 Prozent der Stimmen.

Fünf Jahre lang begleitete Hochschild rund 40 AnhängerInnen der Tea Party, interviewte sie, nahm an ihren Versammlungen teil, begleitete sie zur Arbeit und zum Fischen, ging mit ihnen essen und in die Kirche. Die Transkripte ihrer

Interviews füllten 4.690 Seiten, die sie 2016 zum Buch »Strangers in Their Own Land« verdichtete, das im Herbst 2017 in deutscher Übersetzung erschienen ist.

GEGEN DIE EIGENEN INTERESSEN

Bundesstaaten, die von den Republikanern regiert werden, weisen mehr Armut, mehr minderjährige Mütter, mehr Scheidungen auf, ihre BewohnerInnen sind kränker, haben mehr Unfälle und sterben früher. Der Abstand der Lebenserwartung zwischen dem viele Jahre lang republikanischen Louisiana und dem demokratischen Connecticut ist ebenso groß wie der zwischen den USA und Nicaragua. Der republikanische Gouverneur bekämpfte Obamas Gesundheitsreform entschieden und polemisierte gegen die Steuergeldverschwednung Washingtons, obwohl fast die Hälfte des Staatshaushalts Louisianas aus Bundesmitteln stammte.

Warum sind die Republikaner und die ultrarechte Tea Party dennoch gerade in Louisiana, wie auch in den übrigen Südstaaten, so erfolgreich? Die Frage ist nicht neu. Schon 2004 fragte der Historiker Thomas Frank »Was ist mit Kansas los?« und suchte Erklärungen dafür, warum diese frühere linke Hochburg seit den 1990er-Jahren in die Hand ultrarechter Sozialstaatshasser geraten war. Franks Antwort klingt vertraut: Die Rechte tarne ihre wirtschaftspolitische Agenda hinter kontroversiellen gesellschaftspolitischen Fragen und täusche so die WählerInnen: »Sie stimmen gegen die Abtreibung – was sie kriegen, ist eine Senkung der Steuer auf Vermögenserträge. Sie stimmen dafür, dass dem Elitendenken ein Schlag versetzt wird – was sie kriegen, ist eine Gesellschafts-

ordnung, in der die Vermögen stärker konzentriert sind, als wir es je erlebt haben...«.

Doch diese Erklärung der Irreführung reicht Hochschild ebenso wenig aus wie der Hinweis auf lokale Besonderheiten der Bundesstaaten oder die an Werte anknüpfenden identitätspolitischen Erklärungsmodelle. Und tatsächlich liefert die These, dass WählerInnen getäuscht werden, noch keine Erklärung dafür, warum sie sich täuschen lassen und was dagegen zu tun sei.

Hochschild fokussiert in Louisiana auf ein Thema, das ArbeiterInnen und Mittelschichten gleichermaßen betrifft: die gigantische Umweltzerstörung, die durch Erdrutsche im Gefolge von Fracking, durch die Vergiftung von Flüssen und Gewässern, Wohnhäuser wertlos, traditionelle Freizeitgebiete unbetretbar und Arbeitsplätze zum Gesundheitsrisiko machen. Dabei machte sie eine ähnliche Erfahrung wie bei sozialstaatlichen Leistungen: dass selbst Menschen, deren Häuser plötzlich in Giftkloaken stehen, weiter Kandidaten unterstützen, die gegen Umweltgesetze stimmen.

Um das zu verstehen, brauche es eine Erklärung dafür, welche Gefühle die Menschen antreibe. Sie ortet in den an der Politik beteiligten Emotionen den Schlüssel für das Verständnis des Paradoxons, dass Menschen gegen ihre eigenen sozialen Interessen stimmen.

TIEFENGESCHICHTEN

Was Menschen fühlen oder nicht fühlen wollen, ihre gefühlsmäßigen Gebote und Verbote bezeichnet Hochschild als »Tiefengeschichten«. Diese Tiefengeschichten knüpfen natürlich stark an den eigenen Lebensweg an, an persönliche Ideale und Werte. Dennoch weisen sie innerhalb des politischen Spektrums starke Überschneidungen auf, die von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und dem gesellschaftlichen Umfeld maßgeblich geprägt werden. Hochschild entwickelte im Laufe der Zeit ihre Tiefengeschichte der Tea-Party-AnhängerInnen und legte sie ihren InterviewpartnerInnen vor, die sich, mit kleineren Anpassungen, darin gut wiederfanden.

Hochschild verwendete das Bild des »Schlangestehens«. Die weißen und überwiegend männlichen Tea-Party-AnhängerInnen sehen sich in einer Schlange auf einen Berg stehend, hinter dessen Gipfel der »American Dream« auf sie wartet: Die Vorstellung, dass es ihnen besser gehen wird, als ihren Eltern und dass sie die Anerkennung erhalten, die sie verdie-

nen. Schließlich haben sie dafür lange hart gearbeitet, sie haben viel auf sich genommen und sich trotzdem nie beklagt, obwohl sie seit Jahren keine Lohnerhöhung bekommen haben, obwohl ihre Renten gekürzt werden, obwohl jetzt schon seit langer Zeit in der Schlange nichts weitergeht. Hinter ihnen wird die Schlange immer länger und im Prinzip wünschen sie auch den Menschen hinten in der Schlange alles Gute – aber jetzt sind eigentlich sie dran. Doch manche drängeln sich vor. Frauen, Schwarze, Latinos werden vorgelassen, genauso wie Staatsangestellte mit sicheren Jobs, besseren Arbeitszeiten, besseren Renten. Sie alle kriegen Vergünstigungen, die die braven Schlangensteher nie hatten und die daher auch andere nicht haben sollen. Plötzlich steht sogar ein Braunpelikan vor ihnen in der Schlange, weil der Tierschutz den Bürokraten in Washington wichtiger ist als ihr Wohlergehen. Und als wäre das nicht schlimm genug, verlangt man von ihnen auch noch, Mitleid mit den Vordränglern zu haben, weil diese unter Sexismus, Rassismus und Diskriminierung leiden würden. Das geht zu weit! Irgendjemand muss diesen Vordränglern beim Vordrängen geholfen haben: der staatliche Aufseher. Er heißt Barack Hussein Obama, er sollte eigentlich sie vertreten, aber er hilft nur denen. Mit welchem Geld haben er und seine Frau überhaupt studiert? Irgendetwas stimmt nicht - und der Staat sorgt nicht für das, was sie für fair halten, er ist Teil eines großen Verrats.

Hochschild stellt klar, dass die große Zustimmung zu dieser Tiefengeschichte eine Reaktion auf ein reales Dilemma darstellt und keine Wahnidee darstellt. In den USA sind die Einkommen ab den Jahrgängen 1950 im Schnitt mit steigendem Alter nicht mehr gestiegen, die letzten Jahrzehnte und v.a. die Krise 2008 haben massive Einschnitte gebracht. Der wachsende Einfluss der Konzerne, schrumpfende Gewerkschaftsmacht, Freihandelsabkommen etc. bringen ArbeitnehmerInnen ebenso wie kleine Unternehmer unter Druck.

Gleichzeitig mit dieser Entwicklung, die es diesen Menschen schwerer macht, Stolz und Selbstwertgefühl aus ihrer Arbeit und ihrem Einkommen zu beziehen, fallen auch andere traditionelle Quellen des Stolzes weg: Dass es nichts Besonderes mehr ist, weiß zu sein sei das eine. Dass man aber nicht mehr stolz sein dürfe, ein »echter Mann« und heterosexuell zu sein oder eine intakte Familie zu haben, das geht ihnen zu weit. Und als weißer, mittelalter Mann aus dem Süden von den liberalen Medien als altmodischer Einfaltspinsel geschmäht zu werden, das macht bereits richtig wütend. Sie wollen keine Opfer sein und regen sich darüber auf, wenn sich andere Gruppen als Opfer darstellen – aber letztlich füh-

len sie sich als Opfer. Hochschild hat dieses Gefühl des Alleingelassen-Seins zum Titel ihres Buches erkoren: »Fremd in ihrem Land«.

DIE EMPATHIEMAUER ÜBERWINDEN

Das bedeutet nicht, dass sie sich diese Sichtweise zu eigen macht. Hochschilds plädiert dafür, die Empathiemauer zu überwinden, um zu verstehen, was die andere Seite antreibt. Sie arbeitet heraus, dass es dringend erforderlich ist, den WählerInnen der Rechten aus der Unterschicht Respekt entgegenzubringen. Aber das bedeutet nicht, dass sie dazu aufruft, die eigene Gesinnung über Bord zu werfen, und diesen Respekt durch die Diskriminierung anderer Gruppen zu zollen. In einem eigenen Anhang ihres Buches arbeitet sie die gängigsten Behauptungen der Tea Party auf und widerlegt sie faktisch ganz klar. Es ist auch nicht zu bestreiten, dass viele der Gründe, aus denen sich AnhängerInnen der Tea Party zurückgesetzt fühlen, diskriminierenden Ressentiments entspringen, dass ihre Wut auch in Neid und Missgunst eine wichtige Quelle haben, denen die politische Linke nicht nachgeben kann und darf.

Um die politische Spaltung des Landes zu überwinden, sei es aber ebenso wenig erforderlich, dem Gegenüber in allem Recht zu geben, wie es erfolgversprechend sei, es davon zu überzeugen, in allem Unrecht zu haben. Worauf es ankomme, ist das Verständnis für die Motive des anderen. Denn das ist eine Voraussetzung dafür, Gemeinsamkeiten zu finden, an denen man auch politisch anknüpfen könnte. Fasziniert stellt Hochschild z. B. fest, dass der vor 90 Jahren amtierende demokratische Gouverneur Louisianas, der unter einigen Gesichtspunkten Roosevelts New-Deal-Politik vorwegnahm, auch unter Tea-Party-Anhängern für seine Politik hohes Ansehen genießt. Oder dass der Sohn einer Tea-Party-Aktivistin Anhänger von Bernie Sanders ist. Für Hochschild ist es die Ratlosigkeit gegenüber einem entfesselten, globalen Kapitalismus, der auf der Linken und der Rechten gleichermaßen die Unzufriedenheit schürt, auch wenn die Antworten unterschiedlich ausfiele. Diese Unzufriedenheit für eine fortschrittliche, hoffnungsvolle Strategie zu mobilisieren, setzt aber voraus, die Beweggründe seines Gegenübers zu verstehen, ohne es dafür zu beschimpfen oder aber auch ihm auf Kosten anderer benachteiligter Gruppen opportunistisch nachzugeben.

TIEFENGESCHICHTEN BRAUCHEN TIEFE ANTWORTEN

Das von Hochschild entwickelte Bild der Schlange macht

deutlich, dass die als Vordrängler empfundenen Konkurrenten – Frauen, Latinos, Flüchtlinge – zwar der Auslöser eines Wutanfalls sind, die Ursache dafür aber woanders liegt: Darin, dass in der Schlange nichts weitergeht. Der Tea-Party-Anhänger spricht viel über die ungerechtfertigte Bevorzugung von Frauen und Schwarzen, davon, dass die homosexuelle Community von ihm eine Änderung seiner Lebensart verlange. All das ist letztlich eine Form, den Ärger darüber auszudrücken, das in der Schlange zum American Dream nichts weitergeht und dass er Respekt, Stolz und Anerkennung vermisst. Für Trumps Tiraden über »America first« und sein Versprechen »Make America great again« war dieses Gefühl, war diese Tiefengeschichte »der Zunder, bevor das Streichholz angezündet wird«.

Für die Linke bedeutet das, dass es natürlich richtig bleibt, die gesellschaftliche Integration bislang diskriminierter Gruppen zu fördern. Die Linke muss aber nicht nur Integration betreiben, sie muss v. a. darauf achten, wie die Gesellschaft aussieht, in die diskriminierte Gruppen aufgenommen werden sollen.

Hier schließt sich auch der Kreis zu den Arbeiten von Frank Thomas und zum Ökonomen Robert Reich: Erstere hatte 2016 in einer Art Fortsetzung seines 12 Jahre zuvor erschienen Kansas-Buchs »Was ist mit den Liberalen los?« das demokratische Establishment dafür kritisiert, den Kampf für den Sozialstaat aufgegeben und vielfach neoliberale Modelle umgesetzt zu haben. Robert Reich wiederum hat in seinem kapitalismuskritischen Buch »Rettet den Kapitalismus« die These aufgeworfen, dass sich das politische System in den USA um die Pole »Establishment« und »Anti-Establishment« neu formieren könnte.

Eine Linke, die meint, sich nur noch gesellschaftspolitischen Fragen widmen zu können, wird ebenso scheitern wie eine Linke, die meint, der Rechten gesellschaftspolitisch nachgeben zu müssen. Um eine erfolgversprechende WählerInnenallianz formen zu können, muss sie ihren unteilbaren Einsatz für gesellschaftspolitische Gleichstellung mit dem Kampf um soziale Gerechtigkeit und eine radikale Veränderung der Wirtschaft und des politischen Systems verbinden.

HOFFNUNG UND STOLZ

Die von Hochschild erarbeiteten Tiefengeschichten zeigen ebenso wie die in ihrem Buch umfangreich dargestellten persönlichen Geschichten ihrer InterviewpartnerInnen, dass ein klares politisches Programm Menschen nur erreichen kann, wenn es ihnen Hoffnung und Stolz vermittelt. Hoffnung auf ein besseres Leben und Stolz auf die eigene Lebensleistung und die Gemeinschaft, in der sie leben. Die Überwindung der Empathiemauer kann keine opportunistische Preisgabe eigener Werte sein, es geht vielmehr darum, gemeinsames Terrain zu erkunden, um Menschen auf Basis dieser Werte für gemeinsame Ziele und gemeinsames Handeln zu gewinnen. Die Bedeutung des gesellschaftlichen Umfelds und von (oftmals religiösen) Gemeinschaften für die von Hochschild interviewten Anhänger der Tea Party unterstreicht dabei, wie notwendig es für eine politische Bewegung ist, im alltäglichen Leben der Menschen verankert zu sein und Gemeinschaften und Gruppen zu bilden, die Menschen einbinden, ihnen Halt bieten und um ihnen so auch über einzelne Differenzen hinweg gemeinsames Handeln zu ermöglichen.

LUDWIG DVOŘÁK

ist gf. Chefredakteur der ZUKUNFT.
Arlie Russell Hochschilds »Fremd in ihrem
Land« ist 2017 im Campus-Verlag erschienen.





Demokratieabbau im Betrieb

Teil des Regierungsabkommens ist die Abschaffung der Jugendvertrauensräte. Die Vertretung der Lehrlinge soll ersatzlos gestrichen, dafür das Wahlalter der Betriebsratswahl auf 16 gesenkt werden. Dies stellt einen Angriff auf die innerbetriebliche Vertretung junger Menschen dar.

ie sozialistische Alleinregierung führte 1974 den Jugendvertrauensrat (JVR) ein – eine Vertretung der Lehrlinge, die auch aus der Mitte der Lehrlinge gewählt wird. Mit dieser Änderung erhielten Lehrlinge die Chance, eine eigene Vertretung im Betrieb zu wählen. Ähnlich dem Betriebsrat müsste in jedem Betrieb mit mehr als 5 Lehrlingen ein Jugendvertrauensrat gewählt werden und dieser sich alle 2 Jahre (nicht wie bei der 5-jährigen Funktionsperiode von Betriebsräten) der Wahl stellen. Wahlberechtigt sind alle Lehrlinge unter 21 Jahren bzw. junge ArbeitnehmerInnen unter 18 Jahren (welche es bald dank der Ausbildungspflicht nicht mehr geben wird).

Alle MitarbeiterInnen bis zum vollendeten 23. Lebensjahr können sich der Wahl stellen. Der Jugendvertrauensrat
soll – ähnlich dem Betriebsrat – die wirtschaftlichen, sozialen
und kulturellen Interessen der Lehrlinge vertreten. Besonders
wichtig ist dabei die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen bzgl. der Ausbildung der Lehrlinge (Berufsausbildungsgesetz). Der Jugendvertrauensrat genießt im Rahmen seiner
Tätigkeit einen erweiterten Kündigungsschutz. Die Lehrlingsvertreter sind außerdem in den Betriebsrat eingebunden (z. B.
Recht auf Teilnahme bei Betriebsratssitzungen).

Im Lehrlingsmonitor 2015 der Österreichischen Gewerkschaftsjugend, für den über 6.000 Lehrlinge befragt wurden, geben 30 Prozent an, dass sie mit ihren Ausbildern nicht über die Abschlussprüfung gesprochen hätten, 20 Prozent geben an nicht von ihrem Betrieb auf die Prüfung vorbereitet zu werden. Erschreckend ist, dass knapp die Hälfte der Lehrlinge der Aussage zustimmt, ihre Arbeitsaufgaben unter Zeitdruck zu vollführen. Nur 27 Prozent gehen von einem sicheren Arbeitsplatz im Betrieb (Übernahme) nach der Beendigung ihrer Lehre aus. Ein Drittel aller Lehrlinge unter 18 leistet re-

gelmäßig Überstunden, obwohl für Lehrlinge unter 18 diese strengstens verboten sind.

Österreichweit liegt die Rate jener Lehrlinge, die nicht beim ersten Mal ihre Lehrabschlussprüfung positiv absolvieren bei zirka 4-5 Prozent. In Wien zum Beispiel haben im Jahr 2016 rund 23 Prozent aller Lehrlinge ihre Abschlussprüfung nicht bestanden. Für Jugendvertrauensräte gäbe es also eigentlich viel zu tun, besonders was die Ausbildungsqualität betrifft. Spannend ist dabei, dass besonders in jenen Branchen, in denen viele Betriebe einen JVR haben (beispielsweise Industrie oder Bankwesen), die Lehrlinge meist überdurchschnittlich mit ihrer Lehre zufrieden sind.

AUS DEM LEBEN EINER JUGENDVERTRAUENSRÄTIN

Corina war jahrelang JVR in einer großen österreichischen Bank. Im Rahmen ihrer Tätigkeit als JVR hat sie sich dafür eingesetzt, dass die Ausbildung dem im Berufsausbildungsgesetz beschriebenen Ablauf entspricht. Auch in der Bank spielte das Thema Ausbildungsqualität eine große Rolle. Manche Filialleitung sieht in den Lehrlingen mehr Hilfskräfte als Auszubildende. Investiert der Betrieb zu wenig Zeit und Energie in die Ausbildung seiner Lehrlinge, dann leiden diese spätestens dann darunter, wenn sie die Lehrabschlussprüfung in den Sand setzen. Ständiges Ringen mit der Personalabteilung, aber auch den Filialleitern, ist täglicher Bestandteil der JVR Arbeit.

Besonders wichtig war ihren Lehrlingen die Anerkennung guter Leistungen in der Berufsschule durch den Betrieb. Sie verhandelte gemeinsam mit dem Betriebsrat und Geschäftsführung ein Prämienmodell für gute Leistungen in der Berufsschule aus. Für gute Erfolge gab es entsprechende Prämien und ihre Lehrlinge hatten einen zusätzlichen Anreiz für schulische Leistungen. Öfters gab es Streit zwischen Lehrlingen, Corina versuchte immer im Sinne des Ausgleichs zwischen den Lehrlingen zu agieren – wie Konflikte zu vermeiden und nachhaltige Lösungen anzubieten. Für Lehrlinge, die in der Berufsschule schlechte Noten schrieben, organisierte sie Nachhilfe und zusätzliche Unterstützung.

DER VORSCHLAG VON SCHWARZ-BLAU BEDEUTET DEMOKRATIEABBAU.

Die meisten Lehrberufe in Österreich haben eine 3-jährige Lehrzeit. Viele Lehrlinge würden die Möglichkeit verlieren ihre Interessensvertretung zu wählen, da sie aus dem Betrieb ausscheiden könnten, bevor die nächste Möglichkeit der Wahl der eigenen Interessensvertretung besteht. Alle Lehrlinge unter 16 Jahren, immerhin knapp ein Drittel aller Lehrlinge in Österreich, würden überhaupt die Chance verlieren die eigene Vertretung im Betrieb zu wählen.

Die »Aufwertung« des Betriebsrates um die Agenden des Jugendvertrauensrates bedeutet vielfach eine zusätzliche Belastung der Betriebsräte – deren Anzahl gleichbleibt (oder gar sinkt, bezugnehmend auf die geplante Arbeiter- und Angestelltenbetriebsratsangleichung), jedoch die Aufgaben immer mehr werden. Man könnte der neuen Regierung unterstellen, die betriebliche Interessensvertretung der ArbeitnehmerInnen mit Arbeit zuzuschütten zu wollen. Besonders spannend erscheint dabei, dass der Klubobmann der övp, August Wöginger, selbst Betriebsrat beim Roten Kreuz war.

Vielfach agieren JVRS auch als Ausgleich, wenn es zu Streit zwischen Lehrlingen kommt. Die Praxis zeigt hierbei vielfach, dass junge Menschen Vertrauenspersonen im selben Alter benötigen, damit Konflikte dauerhaft und nachhaltig gelöst werden können. Außerdem dienen viele Jugendvertrauensräte als Schnittstelle zwischen der Berufsschule und der Ausbildung im Betrieb. Sie sind Vertrauenspersonen, wenn es um Probleme in der Schule geht und vielfach auch, wenn es um private Probleme geht, die sich auf Schule und Betrieb auswirken (können). Fraglich ist, in wie weit sich Jugendliche mit ihren Problemen an Betriebsräte wenden, die oftmals deutlich älter sind als sie.

MITBESTIMMUNG FÜR LEHRLINGE VERTEIDIGEN – SOZIALDEMOKRATIE ERNEUERN!

Die Sozialdemokratie hat in den letzten Jahren ihr Standing in den Betrieben weitestgehend verloren, Betriebsgruppen der FSG existieren nur mehr in den wenigsten Betrieben, vielfach

kandidieren Betriebsräte nicht mehr als FSG sondern als Namenslisten. Doch genau hier muss wiederum angesetzt werden, die Betriebe müssen zu einem politischen Ort werden, zu einem Ort der Mitbestimmung. Vielfach sehen sich die Arbeitnehmer ohnmächtig gegenüber den Entwicklungen eines Kapitalismus, welcher scheinbar ohne Gegenspieler zu sein scheint. Dieses Gefühl der Ohnmacht macht Menschen aber umso empfänglicher für die Hetze der rechten Parteien. Dieser Ohnmacht gilt es wiederum konsequente Interessensvertretungen entgegen zu stellen. Der Jugendvertrauensrat, mit seinen Möglichkeiten über die Interessen junger Menschen in einer Beruflichen Ausbildung zu wachen, ist eine jener Institutionen, die sich dieser Ohnmacht entgegenstellen können. Als Gewerkschaft, als Partei müssen wir alles in unserer Macht stehende tun um diese demokratische Interessensvertretung beizubehalten.

CHRISTIAN HOFMANN

ist Bundesjugendsekretär der DPA-DJP.



IM U4, 1980ER-JAHRE Privatsammlung Conny De Beauclair



Der Ursprung der »sozialen Demokratie« im Revolutionsjahr 1848

Anlässlich des 200. Geburtstags des revolutionären Demokraten Ernst Violand (1818–1875) erinnert Wolfgang Häusler an die soziale und politische Stellung der Wiener Arbeiterschaft 1848 in Praxis und Theorie.

ie Geschichte der Wiener Arbeiterschaft und -bewegung in der Revolution von 1848, in Praxis und Theorie der Demokratie, ist nicht nur eine lokalgeschichtliche Frage, ein signifikanter Sonderfall, sondern auch integrierender Teil jener Globalisierung, die der Schlussappell des Manifests der Kommunistischen Partei bezeichnet: »Proletarier aller Länder, vereinigt euch!«¹

Im Vielvölkerreich der Donaumonarchie war die überfällige bürgerlich-demokratische Revolution durch divergierende, konkurrierende und einander bekämpfende Nationalismen gefährdet – Konflikte, die den Sieg der militärischen Gegenrevolution und den Rückfall in das repressive System des Neoabsolutismus ermöglichten. Im exzessiv gefeierten »Kaiserjahr« 2016 des hundertjährigen Todestags (!) Franz Josephs war über diese Probleme Schweigen gebreitet.

Die für den Ausbruch der Revolution maßgebende ökonomische und soziale Krise hatte Arbeitslose in großer Zahl freigesetzt, aus dem Wiener Gewerbe ebenso wie aus dem massenhaften Zuzug von Saisonarbeitern und –arbeiterinnen, vor allem aus den böhmischen Ländern. Die liberalen »Errungenschaften« der März- und Mairevolution auf der Grundlage von »Besitz und Bildung« gingen an diesem frühen Proletariat Wiens und an den Arbeitsmigranten vorbei. »Gott zum Gruß, ihr wackern Leute. / Traun, ich kenne eure Not. / Immer schon des Kummers Beute, / gibt die Freiheit euch kein Brot.« – klagte der Volksdichter Ferdinand Sauter. Eine markante Kennzahl: Die Bevölkerung Wiens, damals größte Stadt im deutschen Sprachgebiet, hatte sich in den zwei Jahrzehnten vor 1848 auf über 400 000 verdoppelt, die Zahl der Häuser im selben Zeitraum nur um 11,4 % vermehrt.

In Wien entstand nach Sturmpetition und Barrikadentagen des Mai ein Machtvakuum: Kaiser und Hof verließen die

Residenzstadt. Von Innsbruck aus wurden die militärischen Befehlshaber – Windischgrätz, Radetzky, Jelačić – gegenrevolutionär instruiert und koordiniert. Die improvisierte Stadtbehörde des Sicherheitsausschusses organisierte, mangels Bürgermeister und Gemeinderat, mit dem Arbeitsministerium – in Analogie zu den Pariser Nationalwerkstätten – öffentliche Arbeiten, die hauptsächlich in konzeptlosen Erdarbeiten zum Hochwasserschutz bestanden. Im Juni 1848, als es in Paris zum blutigen Eklat kam, zählte man in Wien über 20 000 Beschäftigte, davon viele Frauen und Jugendliche. Das »Recht auf Arbeit« war proklamiert, seine Realisierung scheiterte. Eine einschneidende, existenzbedrohende Taglohnkürzung seitens des Ministeriums führte zur Konfrontation: Bürgerliche Nationalgarde und Sicherheitswache schlugen den Sozialprotest am 23. August in der »Praterschlacht« brutal nieder.

Marx, der wenige Tage später für eine Woche nach Wien kam, sprach im Demokratischen Verein vom »Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat« - in Wien wie in Paris. Die betroffenen Arbeiter und Arbeiterinnen wurden dann großteils zum im Sommer beschlossenen Bau der Semmeringbahn geschafft, die – als bewunderte technische Großtat – 1854 vollendet und in den Folgejahren zügig bis Triest weitergeführt wurde. Ferdinand von Saars Novelle »Die Steinklopfer« (1874) gibt ein realistisches Bild von den Arbeitsbedingungen - das Massengrab der an Epidemien Verstorbenen bei Klamm wird noch heute als »Pestfriedhof« bezeichnet. »Die Opfer der Zivilisation fielen hier wie sonst auf den Schlachtfeldern«, schrieb ein Führer für die Semmeringbahn. In dieser Krise, als die Abschiebung von Arbeitern einsetzte, erhob sich aus den Reihen der Wiener Erdarbeiter eine Stimme, als Petition an den Reichstag (das zugestandene Wahlrecht für selbständige und ortsansässige Arbeiter war durch bürokratische Kniffe des indirekten Verfahrens unterlaufen worden) - ein Signal der Solidarität, das in unseren Zeiten der Migrations- und Integrationsproblematik Gehör verdient: »Auch halten wir es für ein Unrecht, daß alle Österreicher, Mährer und Böhmen, welche zu Österreichs Staaten gehören, gewaltsam von den öffentlichen Arbeitsplätzen entfernt worden sind. (...) Ja, auch sie sind unsere Brüder – und wir wollen keinen Haß gegen einander hegen – weil wir alle gleiche Staatsbürger sind. (...) Folglich soll jeder seine Menschenrechte und Pflichten genießen, sei er Bürger oder Bauer oder Arbeiter, denn lange genug schmachteten wir im Sklavenjoch.« Politisches Bewusstsein zeigte sich in der Zerstörung von Werbehütten für die Italienarmee Radetzkys im Juni 1848; dennoch wurden die Wiener Freiwilligen, die dem Feldherrn als Kanonenfutter dienten, zum Anlass für die Komposition des Radetzkymarsches von Johann Strauß Vater.

Das Spektrum der Arbeiterschaft Wiens und des Wiener Raums, mit fließenden Übergängen zwischen Kleinbürgertum und unterbürgerlichen, plebejischen Volksschichten, differenzierte sich rapide in der technisch-industriellen Revolution des Vormärz, wie es sich namentlich im dominierenden Textilsektor zeigte: Die Baumwollfabrikation im Wiener Becken war seit Anfang des 19. Jahrhunderts von Verlagswesen und Manufaktur (Schwechat) in wenigen Jahren zur Maschinenspinnerei (unter englischem Einfluss zuerst: Pottendorf 1801) übergegangen; die Endfertigung der Stoffdruckerei durch die Perrotinen setzte unmittelbar vor 1848 jene Arbeitskräfte frei, deren Protest sich im Maschinensturm der Märztage entlud. Auch die spezifische Wiener Luxusindustrie, die Seidenweberei (»Brillantengrund« der westlichen Vorstädte), wurde mechanisiert und stockte überhaupt in der revolutionären Krise. Hier lag die Ursache des Sturms der Vorstadtbevölkerung auf die Linienämter, wo die verhasste, die Lebenshaltung verteuernde Verzehrungssteuer eingehoben wurde (heute Gürtel).

Von diesem spontanen gewaltsamen Protest in Vorstädten und Vororten spannte sich ein Bogen zu beschleunigter Organisation, vor allem im Allgemeinen Wiener Arbeiterverein – auch hier sprach Marx, über Lohnarbeit und Kapital (beachtenswert als erster Entwurf einer »Kritik der politischen Ökonomie«!) und die westeuropäische Arbeiterbewegung. Der rührige Gründer des Vereins, Friedrich Sander, nannte sich zunächst »Gesell«, dann »Arbeiter«. Neue Nachforschungen haben ergeben, dass Sander nicht, wie früher angegeben, Schustergeselle oder Buchbinder, sondern Silberarbeiter war, wie sein aus Redwitz zugezogener Vater. In seiner regen, Las-

salles Pathos vorwegnehmender Publizistik gab er eine klare Definition des Proletariats als Lohnabhängigkeit und hatte Kontakt zur Arbeiterverbrüderung Stephan Borns. Das Selbstbewusstsein und das Bildungsstreben der erwachenden Arbeiterschaft manifestierten sich im Lokal ihrer Zusammenkünfte: die renommierten Sträußelsäle des Theaters in der Josephstadt. Die in der Pressefreihit des Revolutionsjahrs vielbeschäftigten Buchdrucker schlossen sich unter der Leitung des fortschrittlichen Liberalen Dr. Karl Scherzer, der dann an der Weltumsegelung der Fregatte »Novara« teilnahm, erfolgreich gewerkschaftlich zusammen.

1. Zu Violands Leben und Werk siehe vom Verfasser: Wolfgang HÄUSLER, Hermann Jellinek (1823-1848). Ein Demokrat in der Wiener Revolution in: Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte 5(1976) 125 – 175; Ernst Violand, Der Lebensweg eines österreichischen Demokraten in: Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte 6 (1977) 181 – 213; Demokratie und Sozialismus um die Mitte des 19. Jh.s am Beispiel des österreichischen Demokraten Dr. Ernst Violand, in: Otto BÜSCH (Hg.), Die demokratische Bewegung in Mitteleuropa im ausgehenden 18. und frühen 19. Jh. Ein Tagungsbericht, Berlin 1980, 404 – 420; Freiherr von Stifft d. J. (1819-1879). Leben und Werk eines Wiener Publizisten im Zeitalter der bürgerlich-demokratischen Revolution, in: Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte 15 (1986) 231-283; Von der Massenarmut zur Arbeiterbewegung. Demokratie und soziale Frage in der Wiener Revolution von 1848, Wien-München 1979; Anton Heinrich Springer (1825–1891). Ein österreichischer Revolutionstheoretiker des 19. Jh.s, in: Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte 8(1979) 175 – 206; Von der Manufaktur zum Maschinensturm. Industrielle Dynamik und sozialer Wandel im Raum von Wien, in: Wien im Vormärz (Forschungen und Beiträge zur Wiener Stadtgeschichte 8), Wien 1980, 32 - 56; (Hg.) Ernst Violand, Die soziale Geschichte der Revolution in Österreich 1848, Wien 1984; Soziale Protestbewegungen in der bürgerlich-demokratischen Revolution der Habsburgermonarchie 1848, in: Rudolf JAWORSKI - Robert LUFT (Hg.), 1848/49. Revolutionen in Ostmitteleuropa, München 1996, 173 - 195; Dr. Ernst (von) Violand. Auf dem Weg zur »sozialen Demokratie«, in: Sigurd P. scheichl – Emil Brix (Hg.), Dürfen's denn das?« Die fortdauernde Frage zum Jahr 1848 (Reihe Civil Society der Österreichischen Forschungsgemeinschaft 3, 1999) 57 – 73; Wiener Demokraten zwischen bürgerlicher Revolution und sozialer Demokratie 1848, in: Helmut REIN-ALTER (Hg.), Politische Vereine, Gesellschaften und Parteien in Zentraleuropa 1815 – 1848/49, Frankfurt (u. a.) 2005, 317 – 336; »Exzellenzen ausstopfen - ein Unfug« oder: Revolution, Demokratie und Republik im Haus der Geschichte Österreich(s), in: Thomas WINKELBAUER (Hg.), Haldeen können nicht erschossen werden. Revolution und Demokratie in Österreich 1789 - 1848 - 1918, Wien-Graz - Klagenfurt 2017; Artikel Violand für das Österreichische Biographische Lexikon (im Druck).

Das hochqualifizierte Handwerker(klein)bürgertum stand im Zwiespalt zwischen Zunftwesen und freier Wirtschaft; die Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen wurde dadurch behindert. Die Arbeiterschaft dieser Produktionszweige blieb noch lange einem spezialisierten Kunstgewerbe verhaftet: Jakob Reumann, Wiens erster sozialdemokratischer Bürgermeister in der Ersten Republik, war Drechsler in der Meerschaumpfeifenfabrikation und gründete deren Gewerkschaft. Die Facharbeiter in den von englischen und nordamerikanischen Ingenieurunternehmern (Haswell, Norris) geleiteten Maschinenbetrieben, vor allem in den Eisenbahnwerkstätten bei den Kopfbahnhöfen, standen im Mai auf den Barrikaden und setzten 1848 den Zehnstundentag durch, was nach dem Sieg der Gegenrevolution sogleich zurückgenommen wurde. Die anfänglich deutliche Differenzierung der heterogenen Wiener Arbeiterschaft wich nach der Augustkrise einem gemeinsamen Klassenbewusstsein, das in Solidaritätsaktionen zum Ausdruck kam. Im Oktober standen Handwerker. Arbeiter und Studenten im letzten Abwehrkampf der Demokratie gegen die militärische Gegenrevolution.

Der Zusammenhang zwischen bürgerlicher und sozialer Demokratie und den Anfängen der Arbeiterbewegung war die treibende Kraft der europäischen Revolutionen von 1848. Am 6. Dezember 1848, just da die Nachricht von der Olmützer Thronbesteigung Franz Josephs Wien erreichte, löste das Innenministerium »die sogenannten demokratischen Clubs und Arbeiterclubs, deren ebenso verbrecherisches als verderbliches Treiben überall Unruhe und Aufregung und das beklagenswerteste Unheil gestiftet hat«, auf.

In meinem jüngsten Versuch, Demokratie und Revolution in der österreichischen Geschichte zusammenzuführen (2017), habe ich die wichtigsten, untereinander im Demokratischen Verein vernetzten »Doktoren der Revolution« (Heinrich Heine) zu Wort kommen lassen: Der 25-jährige Philosoph Dr. Hermann Jellinek, der für seine Zeitungsartikel im »Radikalen« mit dem Aufruf zum Widerstand gegen die kaiserlichen Truppen, am 23. November 1848, nicht zuletzt wegen seiner jüdischen Herkunft, hingerichtet wurde; der Publizist Dr. Andreas Freiherr von Stifft d. J., dem Marx 1849 schrieb, er hoffe, in einer künftigen Revolution mit ihm »in einem deutschen Convent« zu sitzen; und vor allem Dr. Ernst von Violand, am 20. Februar 1818 im niederösterreichischen Wolkersdorf an der Brünner Straße geboren.

Sein Urgroßvater war ein 1766 nobilitierter Handelsmann aus Savoyen, Großvater und Vater waren hohe Beamte im Straßenbauressort. Wie Stifft Jurist, war Violand in allen Körperschaften der Revolution tätig: Akademische Legion, Nationalgarde, Sicherheitsausschuss, Abgeordneter von Korneuburg zum Reichstag, wo er als treibende Kraft im Verfassungsausschuss die Volkssouveränität proklamierte – »Alle Staatsgewalten gehen vom Volke aus.« Im Reichstag kämpfte Violand gegen Adelsvorrechte und -titel; das »von« in seinem Namen hatte er abgelegt. Mit seinem Freund Hans Kudlich trat Violand für die entschädigungslose Aufhebung der Feudallasten in der »Bauernbefreiung« ein. Die Reichstagslinke verweigerte das Dankesvotum an die Armee Radetzkys.

Bekanntlich hat Lenin »drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus« (1913), als der »allmächtigen und wahren Lehre«, definiert: »das rechtmäßige Erbe des Besten, was die Menschheit im 19. Jahrhundert in Gestalt der deutschen Philosophie, der englischen Ökonomie und des französischen Sozialismus hervorgebracht hat.« In dieser Wechselwirkung zwischen Arbeiterklasse und revolutionärer Intelligenz, durch die das Proletariat als Arbeiterbewegung von einer Klasse an sich zur Klasse für sich wurde, vergaß Lenin einen wichtigen Faktor: die konkrete Beschreibung und Analyse, wie sie Friedrich Engels für »Die Lage der arbeitenden Klasse in England« (1845) leistete, mit Aufdeckung, Erkenntnis und Vermittlung der fundamentalen Widersprüche der kapitalistischen Ökonomie, zugleich ein frühes Beispiel für frühe empirische Sozialforschung. Zu dieser Bewusstseinsbildung - von der Pauperismusfrage zum objektiven und subjektiven Verständnis der Stellung der Arbeiterklasse - trug auch die soziale Vormärzdichtung wesentlich bei, die, vom jungen Engels begrüßt, mit Karl Beck aus Ungarn und Alfred Meißner aus Böhmen ihre ersten Vertreter in der deutschen Literatur hatte.

In diesem Bildungsprozess von Demokratie, Arbeiterbewegung und Sozialismus stand Violand in erster Reihe. Nach der Sprengung des Kremsierer Reichstags aus der Heimat vertrieben und in Abwesenheit in einem vom Kriegsgericht zum Wiener Kriminalgericht bis 1856 verschleppten Prozess, mit anderen Abgeordneten der Reichstagslinken, als »Hochverräter« zum Tod durch den Strang verurteilt, machte er in Hamburg und Kiel Station, ehe er in die USA emigrierte. Vom Jänner 1850 datiert das Vorwort zu seiner »Sozialen Geschichte der Revolution in Österreich«, erschienen bei Otto Wigand in Leipzig, von Arnold Ruge, Bruno Bauer, Ludwig Feuer-

bach bis Moses Heß und Engels der Hauptverleger der junghegelianischen, radikaldemokratischen und frühsozialistischen Literatur. Grundlegend ist die Erkenntnis des »Kampfes der Gesellschaft mit der Idee des Staates«, deren Spaltung in »die herrschende Klasse und die abhängige Klasse«. Der letzte Satz des Buches fragt, wie »die Macht, die Herrschaft des Besitzes über den Nichtbesitz, zu brechen sei, um die Rechtsidee des Staates endlich zu verwirklichen«.

Die Wiener Demokraten hatten im Sommer 1848 das Konzept der »sozialen Demokratie« entwickelt – und mit Marx diskutiert, dessen »Neue Rheinische Zeitung« ja den Untertitel »Organ der Demokratie« führte. Auch in der bürgerlichen Demokratie bestehe »der Despotismus des Kapitals« weiter, meinte Violand. Er war ein wacher Beobachter der sozialen Probleme hinter den Kulissen des Biedermeier: »Österreich hatte ein Proletariat, welches dem von Frankreich nicht viel nachstand«; es gab »schauderhaftes, massenhaftes Elend.« Als scharfer Beobachter von Hungerkrisen, Prostitution und Obdachlosigkeit zeichnete er die Folgen des »schaudervollen Elends dieser Fabrikssklaven«, die »von den Behörden als Gesindel, wie eine Herde Vieh behandelt« werden.

Der Sozialprotest der Märztage erschien ihm als »Volksgericht«: »Eine Revolution gelingt nur dem armen Volke vereint mit der begeisterten Jugend.« Nach dem Scheitern der parlamentarischen Verankerung der Revolution müsse der Kampf im Bündnis von Demokraten und Proletariat fortgesetzt werden: »Demnach geht das Bestreben der sogenannten sozialen Demokraten dahin, mittelst einer Diktatur jedes Privilegium abzuschaffen und (...) die die Arbeit beherrschende Macht des Kapitals zu brechen. (...) Dieses Streben mit seiner sittlichen Berechtigung wird jedenfalls der Kampf der Zukunft, und zwar vor allem in Frankreich, sein. Ja, er hat schon begonnen und seine erste Schlacht im Juni des Jahres 1848 zu Paris geführt: Wenn auch besiegt, rüsten sich doch die sozialen Demokraten, von der Idee des Rechtes begeistert, mit ihrem darniedergetretenen ungeheuren Anhang der ausgebeuteten Besitzlosen zu neuem erbittertem Kampf. (...) Die Demokraten und die sozialen Demokraten (sind) allein diejenigen, welche für die Herrschaft des Rechtes, für die Idee des Staates streiten, und sich beide nur dadurch unterscheiden, daß die ersteren wohl die von der Vernunft geforderte Freiheit und Gleichheit, aber nicht die Bedingungen, unter denen sie allein bestehen kann, anstreben, während die letzteren auch diese, und zwar mit Gewalt, einführen wollen, da sie einsehen, daß ohne Gewalt durch bloße Abstimmung der Egoismus der durch ihren Besitz herrschenden und die Majorität bildenden Klasse der Gesellschaft nicht gebrochen wird und die Abhängigkeit der Besitzlosen auch unter der rein demokratischen Republik nicht aufgehoben wird.«

Violands Klassenanalyse beruft sich auf die Werke von Lorenz Stein aus Eckernförde, dessen »Sozialismus und Kommunismus des heutigen Frankreichs« (1842) den Zeitgenossen die Augen für die soziale Dynamik der bürgerlichen Revolution und des aufsteigenden Kapitalismus geöffnet hatte. Die wesentlich erweiterte Neufassung des Steinschen Werkes (»Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich von 1789 bis auf unsere Tage«, 1850) half Violand, seine eigenen Erfahrungen zu einem theoretischen Modell der Widersprüche der bürgerlichen Revolution auszubauen. Seine Einsichten, dass der Gesellschaft gegenüber dem Staat die primäre Stellung zukäme und dass die ökonomischen Gesetze der »volkswirtschaftlichen« bzw. »industriellen« Gesellschaft ihre Klassenstruktur bestimmten, gaben Violand die Möglichkeit, seine spontane Parteinahme für die unterdrückten und ausgebeuteten Massen in ein klares revolutionäres Konzept einzufügen.

Die Analogie zur Pariser Revolution, in der ähnliche sozialökonomische Voraussetzungen mit der Wiener Entwicklung vergleichbare politische Resultate erzeugten, bewies die Richtigkeit dieser Hypothese. Stein hatte gefolgert, dass der »Kampf im Herzen der Gesellschaft« zur »Diktatur« der nichtbesitzenden Klasse, des Proletariats, führen müsse, aber die Entschärfung des drohenden Konflikts durch »soziale Reform« verlangt, deren Träger das monarchische Staatsoberhaupt sein sollte. 1854 berief ihn Minister Leo Graf Thun-Hohenstein an die reorganisierte Wiener Universität. Steins »Verwaltungslehre« stand in der in Österreich so starken Tradition des aufgeklärten Absolutismus und seiner von Sonnenfels begründeten »Polizeiwissenschaft«. Wohlbestallt und nobilitiert lebte und lehrte Lorenz von Stein, unermüdlich publizierend, bis zu seinem Tod in der Weidlingauer Villa bei Wien (1890). Die Wiener Universität setzte ihm umgehend ein Denkmal in ihrem Arkadenhof (1891). 1875 war Violand, der am Sezessionskrieg auf republikanischer Seite teilnahm, im fernen Peoria/Illinois »noch im kräftigen Mannesalter an den Folgen von Überarbeiten und Nahrungssorgen« gestorben.

Im April des Jahres 1850 setzten Marx und Engels gemeinsam mit Anhängern Blanquis und radikalen Chartisten ihre Unterschrift unter das Gründungsdokument einer »Weltgesellschaft der revolutionären Kommunisten«, in dem es bündig hieß: »Das Ziel der Assoziation ist der Sturz aller privilegierten Klassen, ihre Unterwerfung unter die Diktatur der Proletarier, in welcher die Revolution in Permanenz erhalten wird bis zur Verwirklichung des Kommunismus, der die letzte Organisationsform der menschlichen Familie sein wird.« Dieser merkwürdige Text beruht letztlich auf der zentralen Forderung des Kommunistischen Manifests: »Erhebung der Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie« als erster Schritt in der »Arbeiterrevolution«.

Er komprimiert jene berühmt gewordenen politischen Formeln, die auch aus anderen Marx'schen Schriften dieser Zeit bekannt sind: »Ansprache der Zentralbehörde (!) an den Bund« und vor allem »Die Klassenkämpfe in Frankreich«, seit März 1850 in Hamburg (als Versuch einer Fortsetzung der »Neuen Rheinischen Zeitung.« als »Politisch-ökonomische Revue«) erschienen. Analyse und zugleich Aufruf zur Erneuerung der Revolution: »die kühne revolutionäre Kampfparole« – »Sturz der Bourgeoisie! Diktatur der Arbeiterklasse!« Marx definierte parallel zu Blanqui den »revolutionären Sozialismus« als »die Permanenzerklärung der Revolution, die Klassendiktatur des Proletariats als notwendigen Durchgangspunkt zur Abschaffung der Klassenunterschiede überhaupt«.

Hier ist anzumerken, dass diese für das politische Programm von Marx und den "Marxismus" so folgenschwere Wendung von der Demokratie zur Diktatur als Mittel der Durchsetzung der demokratisch-sozialistischen Revolution in der Analyse der Wiener Revolution wurzelt. An ihrem tragischen Wendepunkt hat Marx in seinem zornsprühenden Artikel der Neuen Rheinischen Zeitung über den »Sieg der Kontrerevolution in Wien« (6. November 1848) die Niederlage im Oktoberkampf zum Anlass genommen, von den »mörderischen Todeswehen der alten Gesellschaft, den blutigen Geburtswehen der neuen Gesellschaft« zu sprechen. Marx sah »nur ein Mittel, diese Geburtswehen abzukürzen, zu vereinfachen, zu konzentrieren, nur ein Mittel, den revolutionären Terrorismus«. In diesem aufrüttelnden, aggressiven Text begründet der aktuelle »Verrat der Bourgeoisie« - mit dem Wiener Bürgertum ist die gesamte deutsche Bourgeoisie gemeint - an ihrer eigenen Revolution die Rückwendung zum jakobinischen Höhepunkt der Großen Französischen Revolution - und jene folgenschwere Rechtfertigung der terreur als Mittel der Selbstbehauptung der revolutionären Republik gegen äußere und innere Feinde.

Violand hatte von den Debatten und dem Revolutionskonzept der Londoner Emigration zweifellos Kenntnis durch seine von der Polizei beobachteten Kontakte. Dies bezeugen auch die Formulierungen der »Sozialen Geschichte«. Allerdings hat Marx schon im September 1850 – infolge der Orientierung auf die als notwendig erkannte umfassende Kritik der politischen Ökonomie und eine langfristige, nicht voluntaristische Revolutionsperspektive – mit der auf sofortige revolutionäre Aktion drängenden Fraktion Willich und Schapper abrupt gebrochen, die einen »Sonderbund« gründeten.

Der »Bund der Kommunisten« wurde nach Köln verlagert, wo er als »Verschwörung« seiner Mitglieder abgeurteilt wurde. Der ehemalige preußische Offizier August Willich (1810–1878) wurde hervorragender General im Sezessionskrieg auf republikanischer Seite; der frühere Gießener Burschenschafter und Teilnehmer am Frankfurter Wachesturm Karl Schapper (1812–1870) vollzog noch den Anschluss an die in der Internationale erneuerte Arbeiterbewegung. Marx resümierte die Erfahrungen der Revolution in der konsequenten Kette von »Klassenkampf, Diktatur des Proletariats, Aufhebung aller Klassen zu einer klassenlosen Gesellschaft« in dem berühmten Brief an Joseph Weydemeyer (1818–1866) in New York (5. März 1852).

Das Problem von Demokratie und Diktatur als Mittel der Revolution setzte sich fort: Marx und Bakunin bezichtigten einander in der krisenreichen und kurzen Geschichte der I. Internationale des Strebens nach der Diktatur. In der Kritik des reformistischen Gothaer Programms (1875) hatte Marx die »Diktatur des Proletariats« in Erinnerung gerufen. Diesen polemischen Text, der vor der ausschließlich parlamentarischen Perspektive warnte, publizierte Engels erst 1891. Engels projizierte ferner die »Diktatur des Proletariats« rückschauend auf die Pariser Commune von 1871. Hier knüpfte Lenin an, mit der in Zürich Ende 1916 verfassten, philologisch peniblen Zusammenstellung der Marx-Engels-Zitate zum Zentralthema »Marxismus und Staat« – das »blaue Heft«, das er am Vorabend der Oktoberrevolution zur grundlegenden Strategie, in der für die Machtübernahme maßgebenden Schrift »Staat und Revolution«, formte.

In der Krise der Ersten Republik 1926 definierte das Linzer Parteiprogramm der österreichischen Sozialdemokratie »zwischen Reformismus und Bolschewismus« (Norbert Leser) die »Diktatur des Proletariats« – defensiv für den Fall einer »Gegenrevolution der Bourgeoisie« und einer »Sprengung

der Demokratie«: »Wenn sich aber die Bourgeoisie gegen die gesellschaftliche Umwälzung, die die Aufgabe der Staatsmacht der Arbeiterklasse sein wird, (...) widersetzen sollte, dann wäre die Arbeiterklasse gezwungen, den Widerstand der Bourgeoisie mit den Mitteln der Diktatur zu brechen.« Eine problematisch verbalradikale, von den Gegnern aufgegriffene Formulierung, die Max Adler gegen die Bedenken von Julius Deutsch und Otto Bauer durchsetzte – und gleichzeitig die »soziale Demokratie« als Ziel nannte!

Mit dem Programmpunkt der »klassenlosen Gesellschaft« lebte dieses Dilemma des Austromarxismus fort. Das gegenwärtig geltende Grundsatzprogramm der spö (1998) ersetzte diese Traditionsformel durch das »Ideal einer humanen, demokratischen und gerechten Gesellschaft, in der Klassengegensätze überwunden sind, in der Probleme friedlich gelöst worden sind und in der sich die menschliche Persönlichkeit frei von Angst und Not entfalten und ihre Fähigkeiten entwickeln kann.« Als »Partei der Reform« reflektiert die gegenwärtige Sozialdemokratie nicht mehr ihren revolutionären Ursprung und ihre Vision: »Plan A«, den Bundeskanzler Christian Kern für die Nationalratswahl 2017 in Auftrag gab, bezeichnete sich als »Programm für Wohlstand, Sicherheit & gute Laune«, mit völliger Verwischung der Klassenanalyse: »ArbeiterInnen, Angestellte und UnternehmerInnen, die jenen Wohlstand für sich und unser Land erarbeiten, von dem letztlich alle profitieren« - das letzte Wort der von ihren Ursprüngen abgekoppelten österreichischen Sozialdemokratie?

Violands Analyse am Ursprung der Dialektik von Demokratie und Diktatur stand im Zeichen der unter dem Eindruck der Niederlage in Emigrantenkreisen weit verbreiteten Hoffnung, dass die Revolutionäre - gewissermaßen stellvertretend für die geschlagene und geschwächte Arbeiterklasse und ihre Bewusstseinsbildung und Organisation antizipierend - die Macht ergreifen könnten. Diese Abkürzung des historischen revolutionären Prozesses scheiterte angesichts des stabilen Bündnisses zwischen der alten, sich auf Armee, Kirche und Beamtentum stützenden, ihre Herrschaftspraxis modernisierenden Staatsgewalt und dem seiner Wirtschaftsmacht bewusst gewordenen Bürgertum, das sich im Wien der Ringstraßenära stolz manifestierte. Die »Emanzipation der Arbeiterklasse«, die 1848 am Horizont der bürgerlich-demokratischen Revolution aufgetaucht war, musste »durch die Arbeiterklasse selbst erobert werden« (»Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation«, 1864), auf einem mühevollen, von furchtbaren Rückschlägen unterbrochenen Weg. Violand ist einer der ersten gewesen, die in Österreich diesen Weg vorgezeichnet haben und mitgegangen sind. In der politisch noch unerfahrenen Arbeiterschaft erkannte er die revolutionäre Kraft der Zukunft und den wichtigsten Träger einer gerechten und demokratischen Gesellschaftsordnung: »Hätten alle anderen Menschen das Herz, den Mut, die Begeisterung für Recht und Gerechtigkeit, hätten sie die Uneigennützigkeit wie die Proletarier Wiens, ich bin überzeugt, die Erde wäre ein Paradies.«

Die »soziale Geschichte« dieses ersten österreichischen »Sozialdemokraten« war das erste und für lange Zeit einzige Werk über die tiefe Krise, von der die Donaumonarchie beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus, gleichzeitig mit dem Erwachen der Nationen, erschüttert wurde. Seine Prognose des Zerbrechens des Habsburgerreiches an den ungelösten Fragen der unterdrückten Revolution von 1848 sollte in Erfüllung gehen: »Die Republik bleibt nach der nächsten Revolution die in Österreich einzig und allein mögliche Regierungsform. (...) Mit der Vernichtung des Thrones wird aber zugleich der eiserne Reif, welcher um die österreichischen Länder geschmiedet ist, zersprungen sein, und sie werden auseinander und dorthin fallen, wohin sie das Interesse, die Sympathie, die Nationalität, die Freiheit ruft.«

Im Verfassungsausschuss des Wien-Kremsierer Reichstags führte der geschulte Jurist Violand das Wort. Er formulierte das Prinzip der Volkssouveränität, das jedoch nicht durchgesetzt werden konnte. Die Formulierung der Grundrechte trägt Violands Handschrift. Es war das einzige und letzte Mal, dass deutschösterreichische und tschechische Abgeordnete zu einem Kompromiss in der nationalen Frage finden konnten. Der Grundsatz der »Gleichberechtigung der Nationalitäten« wurde das wertvollste Vermächtnis der besiegten Revolution. Der Grundrechtekatalog von Kremsier wurde 1867 weitgehend in die liberale Dezemberverfassung aufgenommen, und als es 1920 um eine rasche Beschlussfassung über die Bundesverfassung ging, wurde die Deklaration von 1867 rezipiert - das bleibende Vermächtnis der Revolution und ihrer verfolgten und vertriebenen Wortführer und Vorkämpfer. Die Unterdrückung des demokratischen Lösungsversuchs des österreichischen Staats- und Reichsproblems und damit die historische Verspätung des Parlamentarismus verschuldeten die Konflikte der Spätzeit der Monarchie und ihrer Nachfolgestaaten. Die Austromarxisten Karl Renner und Otto Bauer haben in ihren Schriften zur nationalen Frage stets auf die Bedeutung der politischen Arbeit der Vorgänger von 1848/49 hingewiesen - sonst verfiel der revolutionäre Ursprung der

Demokratie dem Vergessen. Violands Porträt, das ihn auf dem Höhepunkt seines politischen Wirkens als Reichstagsabgeordneter in der Uniform der Nationalgarde zeigt, signierte Violand mit dem trotz alledem die Zuversicht auf den historischen Fortschritt bezeugenden Satz: »Die Demokraten der Gegenwart können fallen, aber die Sonne der wahren Völkerfreiheit wird auf ihre Leichenhügel strahlen.«

Postskriptum: 2005 fand in Violands Heimatort Wolkersdorf eine Tagung der alternativen Weinviertel-Akademie mit kleiner Ausstellung statt. Sie wurde vom Bürgermeister (ÖVP) boykottiert – erst 2007 konnte gegen erheblichen Widerstand die Benennung einer kleinen Gasse mit Violands Namen durchgesetzt werden – sie sollte nicht die einzige Erinnerung an diesen Vorkämpfer der politischen und sozialen Demokratie bleiben.

WOLFGANG HÄUSLER

ist Historiker und emeritierter Professor am Institut für Geschichte der Universität Wien. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählt u.a. die Geschichte des Vormärz und der Revolution von 1848 und österreichische Literaturgeschichte. Zuletzt erschien von ihm das Buch »Ideen können nicht erschossen werden – Revolution und Demokratie in Österreich 1789 – 1848 – 1918« im Molden-Verlag.

LITERATUR

Ernst VIOLAND, Enthüllungen aus Österreichs jüngster Vergangenheit von einem Mitgliede der Linken des aufgelösten österreichischen Reichstages, Hamburg 1849; Heinrich RESCHAUER - Moritz SMETS, Das Jahr 1848. Geschichte der Wiener Revolution, 2 Bde., Wien 1872; Heinrich BÖRNSTEIN, Fünfundsiebzig Jahre in der Alten und Neuen Welt. Memoiren eines Unbedeutenden, 2 Bde., Leipzig 1881; Ernst Victor ZENKER, Die Wiener Revolution in ihren sozialen Voraussetzungen und Beziehungen, Wien - Pest - Leipzig 1897; Maximilian BACH, Geschichte der Wiener Revolution im Jahre 1848, Wien 1898; Alfred FISCHEL (Hg.), Die Protokolle des Verfassungsausschusses über die Grundrechte. Ein Beitrag zur Geschichte des österreichischen Reichstages vom Jahre 1848, Wien 1912; Adolf Eduard ZUCKER (Hg.), The Forty-Eighters. Political Refugees of the German Revolution of 1848, New York 1950; Carl WITTKE, Refugees of Revolution. The German Forty-Eighters in America, Philadelphia 1952; Manfred HAHN, Lorenz Stein und Hegel. Von der »Erzeugung des Pöbels« zur »sozialen Revolution«, Münster/W. 1965; Norbert LESER, Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis, Wien-Frankfurt-Zürich 1968; Manfred HAHN (Hg.) Lorenz Stein, Proletariat und Gesellschaft, München 1971; Rudolf ULLIK, Das Ministerium für öffentliche Arbeiten im Jahre 1848. Ein Beitrag zur staatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik Österreichs im Jahre 1848, Diss. Wien 1975; Herbert STEINER. Karl Marx in Wien. Die Arbeiterbewegung zwischen Revolution und Restauration 1848, Wien - München - Zürich 1978; Heinrich DRIMMEL, Oktober achtundvierzig. Die Wiener Revolution, Wien - München 1978; Ernst HA-NISCH, Der kranke Mann an der Donau. Marx und Engels über Österreich, Wien 1978; Helmuth FEIGL (Hg.), Briefe aus dem Nachlaß des »Bauernbefreiers« Hans Kudlich(1823-1917) (Beihefte zum Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau 12), St, Katharinen 2002; Michael LÖBIG; Persönlichkeit, Gesellschaft und Staat. Idealistische Voraussetzungen der Theorie Lorenz von Steins, Würzburg 2004; Thomas STOCKINGER, Dörfer und Deputierte. Die Wahlen zu den konstituierenden Parlamenten von 1848 in Niederösterreich und im Pariser Umland (MIÖG Ergänzungsband 57), Wien 2012; Pavel KLADI-WA - Andrea PODKLUDOVÁ, Hans Kudlich (1823-1917), Cesta života a mýtu, Ostrava 2012; Franz ADLGASSER, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 1848-1918. Ein biographisches Lexikon, 2 Bde., Wien 2014; Utz SCHLIESKY - Jan SCHLÜRMANN, Lorenz von Stein. Leben und Werk zwischen Borby und Kiel, Kiel-Hamburg 2015; Helmut REINALTER - Claus OBERHAUSER (Hg.), Biographisches Lexikon der liberalen und demokratischen Bewegungen in Mitteleuropa 1770 - 1848/49 (Schriftenreihe der Innsbrucker Forschungsstelle Demokratische Bewegungen in Mitteleuropa 1770 bis 1850, 48), Frankfurt (u. a). 2015; Ralf HOFFROGGE, Sozialismus und Arbeiterbewegung in Deutschland und Österreich. Von den Anfängen bis 1914, 2. A. Stuttgart 2017; Jürgen NEFFE, Marx. Der Unvollendete, München 2017.



GUSTAV, 2008 Foto: Thomas Degen

FPÖ und AfD: völkische Bande nach Südamerika

Seit Christa Zöchling 2012 im Profil auf die Südamerikareisen der FPÖ unter Federführung von Martin Graf aufmerksam machte, ist es zu Unrecht ruhig geworden um die Beziehungen zwischen Korporierten aus Deutschland, Österreich und Chile. Georg Krizmanics hat die Verbindungen für die ZUKUNFT nachgezeichnet.

s ist kein Zufall, dass mit dem ehemaligen dritten Nationalratspräsidenten Martin Graf, als Mitglied der Wiener Olympia, ein deutschnationaler Burschenschafter die Triebfeder auf der freiheitlichen Suche nach »Heimatspuren« in Südamerika ist. Ebenso wenig überrascht es aus historischer Perspektive, dass unter den einflussreichen Korporierten in den Reihen der Alternative für Deutschland (AfD) auch jene zu finden sind, die Chilebeziehungen pflegen. Vielmehr wirft der Wiedereinzug von Martin Graf für die FPÖ in den Nationalrat, in Verbindung mit dem Erfolg der AfD bei den deutschen Bundestagswahlen 2017, ein Schlaglicht auf eine über hundertjährige Beziehungsgeschichte, deren Dreh- und Angelpunkt das deutschnationale Verbindungswesen darstellt, das mit fünf Burschenschaften und drei Mädchenschaften auch in Chile und der Politik des Andenlandes vertreten ist

Wie in der Zeitschrift der Österreichischen Gesellschaft der Freunde Lateinamerikas (ÖGFLA), dessen Präsident Graf ist, und der FPÖ-Nahen Plattform *unzensuriert.at* nachzulesen ist, waren auf Südamerikareisen zwischen 2011 und 2013 mehrere namhafte Vertreter des korporierten Milieus mit von der Partie. Allen voran Andreas Mölzer (Mitglied des Corps Vandalia Graz und EU-Abgeordneter der FPÖ zwischen 2004 und 2014) und Franz Obermayr (Mitglied des Corps Alemannia Wien zu Linz und seit 2009 EU-Abgeordneter der FPÖ), der zwischen 2012 und 2016 Vorsitzender der EU-Rechtsaußenpartei Europäische Allianz für Freiheit war.

Weniger bekannt sind der ehemalige Wiener Landtagsabgeordnete und seit 2015 FPÖ-Bundesrat Bernhard Rösch (Burschenschaft Gothia Wien), der ehemalige Wiener FPÖ-Landtagsabgeordnete Johann Herzog (Burschenschaft Aldania Wien), sowie die FPÖ-Bundesrätin Monika Mühlwert. Bei-

de Letztgenannten verfügen über Erfahrung im Vorstand des vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) als rechtsextrem eingestuften Schutzvereins Österreichische Landsmannschaft (ÖLM). Insbesondere im publizistischen Bereich setze diese Organisation beträchtliche Aktivitäten und erfülle aufgrund ihrer ideologisch-kulturellen Tätigkeit eine wichtige Integrationsfunktion für das deutschnationale und rechtsextreme Lager. *Der Eckart*, eine der vom ÖLM herausgegebenen Zeitschriften, liegt auch auf den Verbindungshäusern der Burschenschaften in Chile auf.

2012 führte die ÖGFLA-Reise nach Chile und prompt wurde die Gruppe auch vom damaligen Justizminister der Mitterechts-Partei *Renovación Nacional* Teodoro Ribera Neumann, seines Zeichens Mitglied der Burschenschaft Araucania in Santiago, empfangen. Der damalige Staats- und Regierungschef Sebastián Piñera steht nach dem zweiten Durchgang der Präsidentschaftswahlen vor Weihnachten nun vor seiner nächsten Amtsperiode.

Als 1896 mit der Araucania die erste Burschenschaft im Andenland durch Chilenen deutscher Abstammung in zweiter und dritter Generation gegründet wurde, waren ihre Mitglieder umgehend darum bemüht, mit Korporierten im Deutschen Reich und Österreich in Verbindung zu treten. Entscheidende Bedeutung kam, in dieser Anfangsphase der Burschenschaftsbewegung in Chile, Rudolph Berger zu. Dieser war nicht nur Mitglied der Wiener Burschenschaft Bruna Sudetia, sondern saß auch für die Deutschnationalen um Georg von Schönerer zwischen 1901 und 1906 im österreichischen Reichsrat, dem zisleithanischen Parlament der Doppelmonarchie. Ein ganz besonderer Verdienst, des 1907 nach Chile ausgewanderten, sei es gewesen, in der Burschenschaft Araucania »das Interesse für deutsch-völkische Fragen geweckt

zu haben«, wie es noch bis vor Kurzem auf der Homepage dieser Korporation zu lesen war.

In reger Korrespondenz mit der Eminenz der Burschenschaftsbewegung in Chile, Christoph Martin, beriet Berger die junge Burschenschaft in formalen Fragen – wie bei der Erstellung ihrer Statuten – organisierte Büchersendungen an sie und informierte zu Deutschtumsfragen. Außerdem half er durch Berichte in einschlägigen Publikationen entscheidend bei der Bekanntmachung der Araucania im burschenschaftlichen Milieu Österreichs und Deutschlands. Dieses Engagement trug ihm die Ernennung zum Ehrenmitglied der Araucania ein, dem Ersten überhaupt.

Auch wenn aus diesem emblematischen Verhältnis zwischen Berger und Martin keine privilegierte Beziehung der Bünde Araucania und Bruna Sudetia entstand, so entwickelte sich doch ein kontinuierlicher Austausch zwischen Burschenschaftern beider Weltteile. Ausschlaggebend war dabei nicht die Mitgliedschaft in einer bestimmten Verbindung, sondern die Zugehörigkeit zum waffenstudentischen Milieu und insbesondere zum Dachverband Deutsche Burschenschaft.

Dass das ideologische Nahverhältnis zwischen Burschenschaften in Deutschland und Österreich auf der einen Seite und Chile auf der anderen differenziert zu betrachten ist, macht insbesondere ein Blick auf die Selbstauflösung der Burschenschaften in Nazi-Deutschland deutlich. Diese wurde zwar von Südamerika aus begrüßt, da die Deutsche Burschenschaft ihr politisches Ziel erreicht habe, nämlich »die Einigung aller Deutschen innerhalb der Reichsgrenzen, die Schaffung eines einigen, starken Deutschen Reiches«, wie es 1936 in der Verbandszeitschrift Der Burschenschafter hieß. In Chile jedoch sei die unerreichte Hauptaufgabe der Burschenschaften die »Pflege und Förderung des Deutschtums«. Darum sei die Auflösung der Bünde dort nicht angebracht, außerdem wäre es ein »Verrat unserem Vaterland Chile gegenüber, wenn wir hier das politische Deutschtum pflegen würden.«

Dadurch wurde eine parteipolitische Betätigung von Burschenschaftern in diesem Land nicht ausgeschlossen, aber eine Abgrenzung von den Gleichschaltungsbestrebungen der Auslandsorganisation der NSDAP in Chile kundgetan. So waren es großteils Burschenschafter, die die Unabhängigkeit deutschchilenischer Institutionen und gleichzeitig ihrer eigenen Interessen und Einflusssphären in Chile wahrten.

Nach dem 2. Weltkrieg dauerte es nicht lange, bis alte Kontakte wiederaufgenommen, neue geknüpft und die informellen Beziehungen schließlich in eine institutionalisierte Form übergeführt wurden. Seit 1959 werden diese zwischen den Mitgliedsbünden der Deutschen Burschenschaft und jenen des Bundes Chilenischer Burschenschaften durch ein Freundschafts- und Arbeitsabkommen geregelt. Ein wichtiger Bestandteil davon ist das alljährliche Austauschprogramm, bei dem Burschenschafter ein Jahr lang das Verbindungsleben in Chile respektive Deutschland und Österreich kennenlernen. Auch aufgrund der Nachwuchsprobleme einiger Burschenschaften in Deutschland übernehmen dort Burschenschafter aus Chile mitunter leitende Positionen unter den Aktiven.

Für Burschenschafter aus Chile stellt, neben dem Besuch des alljährlichen Burschentages in Eisenach, die Teilnahme am Wiener Akademikerball (vormals Wiener Korporationsball), der als Vernetzungstreffen rechter Eliten aus ganz Europa gilt, einen Fixpunkt ihres Europa-Aufenthalts dar. In Berichten wird den Nachfolgern dringend empfohlen sich diese »stilvollste Veranstaltung«, an der man jemals teilnehmen könne, nicht entgehen zu lassen. Übernachtet wird auf Verbindungshäusern deutschnationaler Burschenschaften.

Durch diese Präsenz auf einschlägigen burschenschaftlichen Veranstaltungen und Einrichtungen machen Burschenschafter aus Chile auch Werbung in eigener Sache, wodurch zum Beispiel Jörg Sobolewski (Gothia Berlin) auf die Möglichkeit aufmerksam wurde, nach Chile zu gehen. Nach seiner Rückkehr übernahm er für das Geschäftsjahr 2016 das Sprecheramt der Deutschen Burschenschaft und kandidierte zuletzt auf AfD-Listenplatz 7 der Landesliste Berlin zur deutschen Bundestagswahl 2017.

Mit dem Freundeskreis Chilenischer Burschenschaften gibt es in der DACH-Region die Möglichkeit den Burschenschaften in Chile trotz geografischer Distanz verbunden zu bleiben. Dieser wurde 1971 gegründet, als in Folge der Machtübernahme durch die sozialistische Regierung von Salvador Allende vermehrt deutschstämmige Chilenen nach Deutschland kamen. Mitglieder sind neben den in Deutschland lebenden Burschenschaftern aus Chile, auch jene, die im Zuge ihres Austausches in Deutschland und Österreich weilen, Burschenschafter aus diesen Ländern, die als Stipendiaten die Deutsche Burschenschaft in Chile vertraten und schließlich solche, die sich den Burschenschaften in Chile verbunden fühlen und als Freunde eingeladen werden. Unter diesen

findet sich seit ein paar Jahren auf den jährlich stattfindenden familiären Treffen zu Pfingsten auch Hansjörg Müller (Turnerschaft Germania Dresden und Akademische Landsmannschaft der Salzburger zu Salzburg), Gründer und Vorsitzender des AfD-Mittelstandsforums und einer von vier Parlamentarischen Geschäftsführern der Partei im deutschen Bundestag.

Durch den Bundestagseinzug der AfD, die Regierungsbeteiligung der FPÖ und die bevorstehende zweite Amtszeit von Sebastián Piñera in Chile ist davon auszugehen, dass das über hundertjährige Verbindungsnetzwerk zwischen Korporierten aus diesen drei Ländern zunehmend an parteipolitischer Bedeutung gewinnen wird. Nicht zuletzt deshalb, weil auch unter dem zu Beginn des Jahrzehnts regierenden Piñera gleich zwei Mitglieder von Korporationen deutschstämmiger Chilenen Regierungsverantwortung übertragen bekommen hatten: neben dem oben genannten Teodoro Ribera Neumann fungierte Ena von Baer, momentan Senatorin für die Pinochet-Nachfolgepartei *Unión Demócrata Independiente* und Mitglied der Mädchenschaft Erika Michaelsen, als Regierungssprecherin.

GEORG KRIZMANICS

studierte Politikwissenschaften an der Universität Wien und Sciences
Po Paris. 2017 promovierte er, nach Forschungsaufenthalten an der Universidad de Chile und dem Ibero-Amerikanischen Institut in Berlin, an der
Madrider Complutense Universität zur Beziehungsgeschichte
von Burschenschaften in Chile, Deutschland und Österreich.





HANSI LANG, KEINE ANGST, LP, 1982 Privatsammlung Walter Gröbchen

Die große Mittelschichtslüge

Unsere Gesellschaften setzen sich aus einer großen Mittelschicht zusammen, heißt es gängigen Meinungen zufolge. Klassenunterschiede seien ein Thema für die Geschichtsbücher. Die Sozialdemokratie von heute müsse dem Rechnung tragen und sich auf die Mittelschichten konzentrieren, erklären Parteistrategen seit nunmehr dreißig Jahren. Doch lässt sich dieser Mythos bestätigen? Zwei Oxford-Professoren zeigen auf: Was sich in den letzten Jahrzehnten an den Klassenverhältnissen verändert hat, sind weniger die Existenz von Klassenunterschieden und schon gar nicht die Inhalte von Klassenidentitäten. Nicht nur bestehen diese heute fast unverändert wie damals, sie sind auch politisch mobilisierbar – würden Parteien und Medien den Faktor Klasse nicht verleugnen. Armin Puller bespricht die Ergebnisse des kürzlich erschienen Buches.

ines der großen Mantras sozialdemokratischer Parteiführungen der letzten dreißig Jahre lautete, dass ein Kurs wie ihn Jeremy Corbyn einschlug, in Zeiten der »reflexiven Moderne« (Anthony Giddens) mit ihrem ökonomischen Dynamismus und angesichts der vielfältigen gesellschaftlichen Identitäten, die mit sozialen Klassen nichts mehr zu tun hätten, nicht mehr funktionieren könne. Nicht nur könnte, so ist oft zu hören, eine solche Politik nicht mehr umgesetzt werden (da die Sachzwänge des globalen Kapitalismus dies zu verhindern wüssten), es hätte auch niemand mehr an ihr Interesse. Heutige Gesellschaften seien nämlich in erster Linie durch Mittelschichten gekennzeichnet, denen sich zunehmend fast alle sozialen Gruppen zugehörig fühlen würden, während die ArbeiterInnenklasse ein Relikt vergangener Zeiten wäre und dies auch so empfunden werden würde.

Die beiden Oxford-Professoren Geoffrey Evans und James Tilley haben kürzlich, basierend auf einer Systematisierung zahlreicher Studien sowie eigenen empirischen Forschungen, unter dem Titel »The New Politics of Class« eine Analyse der britischen Klassenverhältnisse geliefert, die einige interessante Ergebnisse enthält sowie auch implizit die Tragfähigkeit von Corbyns Strategie untermauert. Kurz gefasst lautet ihr Argument wie folgt: Klassenpositionen sind entgegen häufiger Behauptung nicht nur immer noch existent und sichtbar, sie sind zugleich recht einzementiert, haben sich in den letzten Jahrzehnten kaum verändert und sind immer noch eine zentrale Quelle für politische Interessen sowie für Identitäten.

Der Niedergang des Faktors Klasse im Wahlverhalten kann daher weniger mit der Auflösung der Klassengesellschaft erklärt werden als vielmehr mit der Veränderung der etablierten Parteien, die für die Klasse der Arbeitenden immer weniger Angebote setzten (und daher in einigen Bereichen durch die neuen und durchaus als klassenbasiert wahrgenommenen Parteien ukip oder auch snp in Schottland in Bedrängnis gebracht wurden).

Die Thematisierung von Klassenverhältnissen im Vereinigten Königreich hat in den letzten Jahren eine Blüte erlebt, vor allem durch die Bücher des Journalisten Owen Jones (2011; 2014) sowie auch des Soziologen Mike Savage (2015). Sie verdeutlichen nicht nur ein wachsendes Interesse innerhalb der Sozialwissenschaften, sondern entsprechen auch einer zunehmenden Politisierung klassenförmiger Ungleichheiten, Hierarchien und Unterordnungen, wie sie auch im letzten britischen Wahlkampf angesprochen wurden: Während privater Reichtum bei den Vermögen exponentiell ansteigt¹, lässt sich mit ehrlicher Arbeit kaum noch der Wohlstand älterer Generationen generieren². Evans und Tilley untersuchen in ihrem neuen Buch vor allem den politischen Aspekt der britischen Klassenstruktur und gelangen zum Schluss, dass der Faktor Klasse immer noch einen großen Einfluss hat und ethische Werte sowie politische Vorstellungen sozialer Gruppen in den letzten fünfzig Jahren bemerkenswert konstant geblieben sind. Gegen das Argument der Auflösung von Klassenverhältnissen im postindustriellen Zeitalter zeigen sie auf, dass Klassen nicht verschwunden, sondern einer Veränderung unterlegen sind.

Auch wenn sich die Zusammensetzung der britischen Klassenstruktur verschoben hat, sind Ungleichheiten weiterhin an der Tagesordnung und haben sich sogar noch verschärft.

REALITÄT DER KLASSENVERHÄLTNISSE

Während dem Klassenbegriff im deutschsprachigen Raum ein politisch stark aufgeladenes Moment innewohnt, spricht man im Vereinigten Königreich weitaus häufiger und unbelasteter von Klassen. Dies hängt möglicherweise mit sozialwissenschaftlichen und journalistischen Traditionen zusammen, vielleicht auch damit, dass der Kapitalismus seinen Siegeszug in England – einem Land mit stets harten Klassenunterschieden – begonnen hat. Was jedoch meinen Evans und Tilley nun, wenn sie von Klassen sprechen? Als politische Soziologen gehen sie weniger von einer komplexen marxistischen Klassenanalyse aus als vielmehr von einer Einteilung von Personen in Berufsgruppen, wobei auch Bildungsniveaus berücksichtigt werden.

Unterschieden wird zwischen der ArbeiterInnenklasse (die sich durch manuelle Arbeit auszeichnet) sowie drei Fraktionen der Mittelklasse (die sich durch Positionen auf der geistigen Arbeitsseite auszeichnen), nämlich der alten Mittelklasse (ManagerInnen, Selbständige mit Angestellten, Gewerbetreibende etc.), der neuen Mittelklasse (angestellte Fachkräfte, FreiberuflerInnen, Lehrende etc.) sowie der untergeordneten Mittelklasse (Büroangestellte, TechnikerInnen, SekretärInnen etc.). Evans und Tilley greifen dabei umfassend und systematisch auf das vorhandene Datenmaterial aus dem Zensus sowie aus sozialwissenschaftlichen Langzeituntersuchungen zurück.

Eine Veränderung der Klassenverhältnisse der letzten Jahrzehnte sticht am deutlichsten ins Auge: Während die ArbeiterInnenklasse zahlenmäßig deutlich abgenommen hat (von etwa 60% nach dem Zweiten Weltkrieg zu etwa einem Viertel in den 2010er Jahren), ist insbesondere die neue Mittelklasse angestiegen und hat erstere in den 2000er Jahren bereits überholt. Auch in den Ausbildungsgraden gibt es deutliche Verschiebungen: Waren in den 1960er Jahren noch zwei Drittel des Wahlvolks der Kategorie »niedriges Ausbildungsniveau« (niedrigster Schulabschluss) zuzuordnen, ist dies heute nur mehr knapp ein Viertel – eine Gruppe, die zahlenmäßig mittlerweile sogar von Personen mit akademischen Bildungsabschlüssen überholt wurde.

Evans und Tilley ziehen in weiterer Folge die identifizierten Klassenkategorien für statistische Vergleiche heran, um die Stabilität von Klassenunterschieden aufzuzeigen. Neben Klassenunterschieden in den Bereichen von Gesundheit,

Ausbildung(szugang) sowie sozialer Mobilität sind vor allem zwei Aspekte interessant: (1) Bezogen auf durchschnittliche Einkommensunterschiede entlang einer Einteilung in Perzentile zeigt sich, dass die vier Klassen in den letzten Jahrzehnten in relativer Hinsicht kaum Verschiebungen erfahren haben. Nur die Differenz zwischen ArbeiterInnenklasse und untergeordneter Mittelklasse hat sich vergrößert, nämlich indem erstere zwischen den 1970er und 1990er Jahren an Boden verloren hat und im Einkommensniveau abgesunken ist. (2)

In Bezug auf Arbeitslosigkeit hat sich an Klassendifferenzen gar nichts geändert: Die alte und die neue Mittelklasse haben konstant ein sehr niedriges Risiko, von Arbeitslosigkeit betroffen zu sein. Nur die untergeordnete Mittelklasse hat seit den 2000er Jahren ein geringfügig höheres Risiko, das auch mit dem Anstieg von Teilzeitarbeit für diese Gruppe zu tun hat. Die Differenz zwischen Mittelklassen und ArbeiterInnenklasse ist dagegen substanziell hoch: Die ArbeiterInnenklasse ist stets drei Mal so häufig von Arbeitslosigkeit betroffen und ihre Arbeitslosenrate bildet deutlich den Wirtschaftskreislaufs ab.

KLASSENWAHRNEHMUNG UND KLASSENIDENTITÄTEN

Während Statistiken über Klassenunterschiede und das Auseinanderdriften von Armut und Reichtum in Zeiten des »untoten Neoliberalismus« (Colin Crouch) durch die Ungleichheitsdebatte bestens bekannt sind, sind die Daten von Evans und Tilley über die Wahrnehmung dieser Unterschiede besonders bemerkenswert. Fragte man 1964 – ein Jahr, in dem Klassenverhältnisse die politische Debatte und die sozialen Identitäten fraglos dominierten –, Leute nach ihrer Klassenzugehörigkeit, wussten nur wenige Befragte keine Antwort zu geben; mehr als 65% rechneten sich der ArbeiterInnenklasse zu und etwa 30% den Mittelklassen.

Wie sah es 2015 aus? Bemerkenswerterweise nahm die Zahl derjenigen, die sich nirgends zugehörig fühlten, sogar etwas ab, während die Zuordnungen eher unverändert geblieben sind: Im Zeitalter der veränderten Klassenstruktur sehen sich immer noch 60% als Teil der ArbeiterInnenklasse, vor allem, weil sich ein wachsender Teil der Mittelklassen auf diese Weise einordnet. Klassenunterschiede werden außerdem deutlicher wahrgenommen: 1970 meinten 51% der Befragten, bestehende Klassenunterschiede wären eher groß oder sogar sehr groß; 2015 wurde dies sogar von 77% der Befragten so gesehen. Entgegen der Vorstellung, das Vereinigte Königreich könne als »Gesellschaft der Mittelschichten« verstanden wer-

den, identifizieren sich immer weniger Personen mit der Mitte und fühlen sich in immer stärker Weise abgehängt, untergeordnet und ausgequetscht.

Ein weiteres beachtliches Ergebnis der im Buch dargelegten Forschungen ist, dass Klassenidentitäten über die letzten Jahrzehnte relativ stabil geblieben sind. Berufliche Zuordnung ist heute in vielen Bereichen immer noch ein genauso guter Indikator für politische Positionierungen wie vor einigen Jahrzehnten. Gerade in Bezug auf ökonomische Themen (Privatisierungen, öffentliches Eigentum, Marktregulierung, Umverteilung, Gewerkschaftsmacht, Arbeitsverhältnisse etc.) ist die Achse linker und rechter Positionen so aktuell wie eh und je: »People with working class jobs consistently perceive more inequality, and want more measures to reduce inequality, than people in either the old or new middle class« (Evans/Tilley 2017: 64). Die während der Zeit des Thatcherismus stattgefundenen Verschiebungen - der Glaube an Privatisierungen und den schlanken Staat - liegt heute im Keller. Mittlerweile werden, so weisen die Daten aus, etwa Privatisierungen selbst unter Angehörigen der Mittelklassen überaus kritisch gesehen. Diese Daten werden bereits seit einiger Zeit durch die hohen Zustimmungsraten zu Jeremy Corbyns Forderungen nach Rückverstaatlichungen und staatlicher Preisregulierung im Energiebereich bestätigt.5

Hinsichtlich gesellschaftspolitischer Themen ist neben der beruflichen Klassenposition auch der Ausbildungsgrad ein bedeutender Gradmesser für politische Positionierung (der mit der beruflichen Klassenpositionierung nicht komplett zusammenfällt, aber streckenweise ähnlich ist, denn die ArbeiterInnenklasse hat den größten Anteil an niedrigen Bildungsabschlüssen). Je niedriger der Ausbildungsgrad, umso stärker werden Einwanderung und EU-Mitgliedschaft abgelehnt, umso härtere Strafen für Kriminelle werden gefordert und umso intoleranter sind Befragte. Mit der Veränderung der britischen Klassenstruktur (dem zahlenmäßigen Niedergang der ArbeiterInnenklasse) verschieben sich die stabil gebliebenen Ansichten der ArbeiterInnenklasse immer stärker gegen den Durchschnitt bzw. rutscht die bzw. der »Durchschnittswählende« wirtschaftspolitisch immer weiter nach rechts. Zudem zeigt sich, dass große Teile der Mittelklassen dem Autoritarismus aufgeschlossen sind.

ENTKOPPELUNG VON POLITIK UND KLASSENVERHÄLTNISSEN

Es ist gerade der Fokus auf die »Durchschnittswählenden«, der zu einer Entkoppelung von Klassen und Parteipolitik geführt hat. In der Perspektive der Catch-all-Parties der letzten Jahrzehnte geht es weniger um politische Bündnisse zwischen sozialen Gruppen als vielmehr um angenommene Durchschnittspositionen für die (fiktiven) Durchschnittswählenden. Diese sind durchschnittlich eben Angehörige der Mittelklassen, die aus nicht ganz plausiblen Gründen als starke Einheit gesehen werden (obwohl diese Einheit genauso plausibel oder unplausibel ist wie ein Bündnis aus ArbeiterInnenklasse und Teilen der Mittelklassen).

Evans und Tilley führten eine recht außchlussreiche Untersuchung über Parteiprogramme und Reden von Parteiführenden von Labour und Conservatives durch, die eine wachsende Konvergenz seit den 1990er Jahren ausweist. In ihren politischen Projekten waren die beiden Großparteien entlang ihrer Programmatik und Rhetorik weder für Wählende noch für ExpertInnen leicht unterscheidbar. 2015 war es in Umfragen für kaum noch 30% möglich, große Differenzen zwischen den Parteien festzustellen.

Auf die ArbeiterInnenklasse wurde in Programmen und Rhetorik kaum noch Bezug genommen. War in den 1970er Jahren in Labour-Wahlprogrammen noch jede fünfte Bezugnahme auf soziale Gruppen eine auf die ArbeiterInnenklasse, war es 2005 kaum jede vierzigste. Stattdessen tauchte eine neue Gruppe auf, die angerufen wurde, nämlich jene der »(hart arbeitenden) Familien«. 2010 war jede dritte Referenz auf eine soziale Gruppe eine auf Familien, und zwar in gleicher Weise von beiden Großparteien.

Die Analyse der Reden von Parteiführenden zeichnet ein ähnliches Bild. Eine Auswertung von Reden seit 1945 zeigte jedoch das interessante Ergebnis auf, dass niemand häufiger das Thema der Klassen ansprach, als der Vorreiter der Neoliberalisierung der Sozialdemokratie, Tony Blair. Dies hatte aber damit zu tun, dass eines der häufigsten Themen in Blairs Reden das Verschwinden der Klassengesellschaft im 21. Jahrhundert war: Die neuen Zeiten der Globalisierung des Kapitalismus seien nicht länger von Klassenkampf gezeichnet, so Blair, sondern von einer meritokratischen Gesellschaft, in der Leistung (insbesondere Ausbildung) mit höherem Anteil an der Gesellschaft und höherem Wohlstand verbunden sein würde. Ironischerweise verschwand das Thema der Klassen nach Tony Blair wieder aus den Reden der Labour-Vorsitzenden Gordon Brown (2007–2010) und Ed Miliband (2010–2015). Das Verschwinden der ArbeiterInnenklasse setzt sich beim Parteipersonal fort, auch bei Labour: Wechselten Anfang der 1960er Jahre noch etwa 40% der Labour-Abgeordneten aus einem

der ArbeiterInnenklasse zuzurechnenden Beruf in die Politik, waren es 2015 weniger als 10%. Der Unterschied in der sozialen Herkunft zwischen Abgeordneten von Labour und Tories wurde immer geringer und der allgemeine Hintergrund von Abgeordneten immer elitärer.

NEUE FORMEN DER KLASSENPOLITIK

Eine gängige Erklärung für die Auflösung des Zusammenhangs von Politik und Klassenverhältnissen besteht bekanntermaßen in der Annahme, Klassen würden zunehmend ihre Einheitlichkeit und Unterscheidbarkeit verlieren. Vor dem Hintergrund des von Evans und Tilley diskutierten Datenmaterials lässt sich diese Erklärung kaum mehr aufrechterhalten. Zudem weisen sie auf drei wichtige Punkte hin: Erstens besteht bei der Wahlentscheidung für die Konservativen weiterhin ein eindeutiger Zusammenhang mit der Klassenposition. Die konstant geringste Unterstützung für die Tories kommt aus der ArbeiterInnenklasse, die konstant größte aus den Mittelklassen (mit einigen Verschiebungen seit 1997). Die Auflösung des Zusammenhangs ist daher, zweitens, besonders schwerwiegend für die Labour Party, die bei den Wahlen 2010 und 2015 gleichermaßen starke (oder eher: schwache) Unterstützung aus allen sozialen Klassen erfahren hat. Drittens ist dieses Problem für Labour bei der Wahl 2015 so schlagend geworden, dass die Unterstützung aus der ArbeiterInnenklasse bereits unter jene aus den Mittelklassen gerutscht ist.

Für Evans und Tilley weisen diese Daten aus, dass weniger die Auflösung der Klassen als Erklärung für Labours Niedergang herhalten kann, als vielmehr der Parteiwandel von Labour selbst. Indem Labour ihre Identität, ihre Programmatik und Ideologie, ihre Rhetorik, Organisationsweise und ihr Personal zunehmend von Klassenpolitik entkoppelte und als Partei an der Angleichung an die Mitte arbeitete, wurde ihr zunehmend die Unterstützung entzogen. Während noch 1987 Labour als Arbeiterpartei gesehen wurde, verschwand diese Zuordnung in den 2000er Jahren vollständig aus den Köpfen der WählerInnen. Der Niedergang des Klassenwählens ist daher in erster Linie der Effekt der Angleichung der Parteien und der Abnahme der politischen Differenzen, vor allem ausgehend von Labour.

Während der Zusammenhang zwischen Klassenposition und Wahlentscheidung seit den 1990er Jahren deutlich abgenommen hat, lässt sich ein anderes Klassenphänomen feststellen, nämlich jenes der klassenförmigen Wahlenthaltung. Die Wahlbeteiligung im Vereinigten Königreich war bis 1997 relativ stabil, betrug jeweils um die 75% und veränderte sich in den Jahrzehnten nach 1945 kaum (1959: 79%, 1992: 78%). 1997 war die Beteiligung mit 71% eher niedrig, jedoch wies auch das Jahr 1970 mit 72% eine niedrigere Beteiligung aus. Die Wahlenthaltung zeigte in diesem Zeitraum kaum signifikante Korrelationen mit Klassenpositionen oder Ausbildungsgraden auf. Der Zeitraum 1997–2010 führte zu einigen Einschnitten. Bei der Wahl 2010 gab es bereits große Klassenunterschiede in der Wahlenthaltung: Aus den Mittelklassen nahmen 2010 über 85% an der Wahl teil, aus der ArbeiterInnenklasse dagegen blieb die Mehrheit (52%) mittlerweile fern.

Die Auswirkungen sind für die Labour Party am größten. Eine Untersuchung des Wahlverhaltens von Labours WählerInnen des Jahres 1997 zeigt, dass diejenigen, die den Mittelklassen zugerechnet werden können, zu 90% an der Wahl 2001 teilnahmen, während diejenigen, die der ArbeiterInnenklasse angehören, nur mehr zu 77% zur Wahl gingen. Dieser Zusammenhang des zunehmenden Fernbleibens von Labour-Wählenden aus der ArbeiterInnenklasse setzte sich in den Wahljahren 2005 und 2010 in ähnlichem Ausmaß fort. Evans und Tilley sehen hierfür eine Verknappung des Angebots für WählerInnen verantwortlich: Die Mittelklassen haben ein breites Angebot an Parteien zur Auswahl (Tories, Labour, Liberaldemokraten), die ArbeiterInnenklasse kann dagegen ihre Präferenzen und Identitäten durch Wahlentscheidungen immer weniger zum Ausdruck bringen und bleibt daher fern. Bei der Wahl 2001 wählten 15% der unzufriedenen Labour-WählerInnen von 1997 aus den Mittelklassen entweder Tories oder Liberaldemokraten, während dies nur 8% der WählerInnen aus der ArbeiterInnenklasse taten. Wechselwählen ist ein Wahlverhalten der Mittelklassen, Wahlenthaltung jenes der ArbeiterInnenklasse.

Das Wahljahr 2015 brachte einige Änderungen. Die Beteiligung war in diesem Jahr mit 66% etwas stärker als 2010 (65%). Ausschlaggebend war der Aufstieg der Parteien jenseits des Mainstreams: In Schottland gewann die linksnationalistische SNP 56 der 59 Westminster-Parlamentssitze; in England und Wales gewann die rechtsextreme UKIP mehr als 10% an Stimmen hinzu (was sich im britischen Wahlsystem nicht in Mandaten niederschlug). Der Zugewinn dieser Parteien speiste sich vor allem aus der ArbeiterInnenklasse: 2015 wählten 42% der schottischen ArbeiterInnenklasse die SNP (verglichen mit 16-17% im Zeitraum 1997–2010), 23% der englischen und walisischen ArbeiterInnenklasse wählten UKIP (verglichen mit 2% bei den Wahlen 2005 und 2010). Im Falle der SNP liegt dies gar nicht daran, dass die Partei von WählerInnen als eine Repräsentation der ArbeiterInnenklasse gesehen wird

(nur 52% der SNP-WählerInnen aus der ArbeiterInnenklasse sehen die SNP als eine Arbeiterpartei) oder dass die schottische ArbeiterInnenklasse eine Begeisterung für das Thema der Unabhängigkeit Schottlands aufweisen würde (diese liegt nämlich im Durchschnitt der Gesamtbevölkerung), sondern offenbar an der Ähnlichkeit von Positionen der SNP mit jenen der Labour Party vor 1997. Labour dagegen wurde kaum noch als Arbeiterpartei gesehen: Nur mehr 34 % der schottischen WählerInnen stimmten 2015 der Aussage zu, dass Scottish Labour eher eine Arbeiterpartei als eine Mittelklassenpartei wäre. Im Falle von UKIP lässt sich ein sehr deutlicher Klassenappeal feststellen, weniger bei ökonomischen Themen, jedoch stark bei den Themen der Einwanderung und der europäischen Integration. UKIP gelingt es damit, über die Mobilisierung marginalisierter kultureller Identitäten eine Anknüpfung an die ArbeiterInnenklasse herzustellen, die umso erfolgreicher ist, je weniger politisches Angebot für die ArbeiterInnenklasse in ökonomischen Angelegenheiten vorhanden ist.

QUO VADIS, LABOUR?

Wenn Klassenverhältnisse und sogar Klassenidentitäten weiterhin Erklärungskraft über gesellschaftliche Entwicklungen und politische Prozesse beanspruchen können, lässt dies kaum einen anderen Schluss zu, als die erfolglose sozialdemokratische Strategie des Kampfs um die Mitte endlich zu beenden. Um die Sprache des WählerInnenmarktes zu bemühen: Für das Überangebot an die politische Mitte liegt keine ausreichende Nachfrage vor und die Sozialdemokratie stellt eine denkbar schlechte Anbieterin einer »Politik der Mitte« dar. Labour kann nur gewinnen, wenn sich die Partei an der ArbeiterInnenklasse orientiert. Dies erfordert eine Repräsentation der an sozialer Gleichheit anknüpfenden Teile der Identität und vor allem auch der ökonomischen Anliegen der ArbeiterInnenklasse und dadurch implizit ein (noch nicht vorhandenes) Angebot an die NichtwählerInnenschaft.

Ob eine Mobilisierung der (stark aus der ArbeiterInnenklasse stammenden) Nichtwählenden in England oder Wales gelingen kann, zeigt sich letztlich anhand des Brexit-Referendums vom Juni 2016. Die Wahlbeteiligung bei diesem Referendum stieg stark an: Mit 72,2% erinnerte sie an Beteiligungen wie zu Beginn der 1990er Jahre. Alle Daten weisen darauf hin, dass die Beteiligung insbesondere aus der ArbeiterInnenklasse und aus den sogenannten bildungsfernen Schichten besonders stark anstiegen ist. Wenn man die Wahlkreise betrachtet, gibt es außerdem einen eindeutigen Zusammenhang zwischen Klassenstruktur und Wahlergebnis: Dort, wo die ArbeiterInnenklasse mehr als 30% der Bevölkerung ausmacht (77 Wahlkreise), liegt das Ergebnis für den Brexit 20 Prozentpunkte über den Wahlkreisen, wo die ArbeiterInnenklasse unter 20% der Bevölkerung ausmacht (62 Wahlkreise). Ähnliche Zusammenhänge liegen auch für den Faktor der Ausbildungstitel vor. Evans und Tilley schließen aus den Daten, dass das Referendum 2016 eine Klassenwahl darstellte. Da es die erste seit dem Parteiwandel von Labour war, bei der die ArbeiterInnenklasse eine ihnen nahestehende Option zur Auswahl hatte (nämlich eine, die den politischen Eliten offensichtlich missfiel), nahm diese auch wieder stärker an der Wahl teil. Die Mobilisierung der ArbeiterInnenklasse ist möglich; da diese aber einem politischen Ausschluss unterliegt, findet deren Mobilisierung jedoch kaum statt.

Gedanken wie diese sind tatsächlich nicht neu. Schon die glücklosen Parteiführer Gordon Brown und Ed Miliband hatten die Erkenntnis, dass Labours Zukunft vom Zugehen auf die ArbeiterInnenklasse abhängen wird. Sie sind letztlich aber daran gescheitert, dieses Zugehen rein im Symbolischen betrieben, aber in ökonomischen Angelegenheiten den Status Quo weiter unterstützt zu haben. Die Daten von Evans und Tilley geben implizit dem Kurs von Jeremy Corbyn Recht und zeigen die Erfolgslosigkeit des Brown-Miliband-Kurses auf. Das Vereinigte Königreich mag in vielerlei Hinsicht ein Spezialfall zu sein; Analogien zu anderen Ländern sind aber unschwer zu erkennen. Ist das Scheitern von Martin Schulz und der SPD, deren rein rhetorischer Kurswechsel ohne echte politische Erneuerung verblieben ist, tatsächlich so verschieden von der Niederlage Labours 2015? Ist die Vaporisierung der französischen PS oder die Niederlage von Hillary Clinton nicht Hinweis dafür, dass die »Politik der Mitte« auch in anderen Ländern endgültig an ihr Ende gelangt ist?

Nur die Corbynisierung scheint einen nachhaltigen und tragfähigen Kurs für die Sozialdemokratie darzustellen. Wenn die Sozialdemokratie dagegen weiterhin auf die Strategie des Kampfs um die Mitte setzt, wird sie langfristig vom »apokalyptischen Populismus« (Wendy Brown) der Donald Trumps und der sich radikalisierenden Konservativen an den Rand gedrängt werden – politischen Kräften, die in eindeutiger Weise auf Klassenpolitik setzen, nämlich jene im Interesse der obersten fünf Prozent der Gesellschaft.

ARMIN PULLER

 $ist\ Redaktions mitglied\ der\ zukunft.$

- Laut der Sunday Times Rich List konnten die reichsten 1.000 Personen im vk seit 2010 ihr Vermögen von 336 auf 658 Mrd. Pfund verdoppeln.
 Die Queen, die 1989 die Liste noch anführte, schafft es nicht einmal mehr unter die ersten 300 Plätze. Die Zahl der Pfund-Milliardäre ist in diesem Zeitraum von 56 auf 134 angewachsen.
- 2. Paradigmatisch hierfür steht der dramatische Anstieg bei den Immobilienpreisen, die gerade in einem so stark am Eigenheim orientierten Land wie dem Vereinigten Königreich von hoher symbolischer Bedeutung sind. Selbst für überdurchschnittlich verdienende Familien mit hohem doppelten Einkommen sind Häuser sogar in schlechten Lagen zunehmend unfinanzierbar geworden. Schuld daran ist vor allem die jahrzehntelange öffentliche Investitionszurückhaltung, die von der harten Austeritätspolitik der Konservativen seit 2010 verschärft wurde. Labours Forderung nach öffentlichem Wohnbau gehört in Umfragen zu einer der beliebtesten Politiken. Wie kritisch die Lage ist, zeigt eine Forderung aus Theresa Mays Wahlkampfprogramm vom Juni 2017: Bis 2022 möchten die Konservativen den Wohnbau im Ausmaß von 1,5 Millionen Wohnungen (!) ankurbeln eine Forderung, die sogar Labours Forderung aus der Wahl 2015 übertrumpft.
- Auch in den USA wird der Klassenbegriff viel unschuldiger und häufiger eingesetzt (wenngleich man über Klasse immer noch weniger spricht als über andere Diskriminierungsformen, die weniger unmittelbar an den Eigentumsverhältnissen festgemacht werden).
- 4. In der marxistischen sozialwissenschaftlichen Tradition, etwa bei Nicos Poulantzas oder Eric Olin Wright, werden soziale Klassen entsprechend der Positioniertheit sozialer Gruppen in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung eingeteilt, die in erster Linie ökonomisches Eigentum und ökonomischen Besitz an Produktionsmitteln sowie den Grad an Kontrolle über den Arbeitsprozess umfasst. In weiterer Folge geht es auch um Aspekte der politischen Unterwerfung bzw. Einbindung sowie der ideologischen Unterordnung bzw. Selbstbehauptung. In der marxistischen Tradition werden berufliche Positionen und Bildungsgrade nicht als Einteilungskriterium von Klassen herangezogen, sondern als Auswirkung der Klassenverhältnisse bzw. der gesellschaftlichen Arbeitsteilung verstanden.
- 5. Eine im Oktober veröffentlichte Studie (Legatum Institute 2017) verdeutlichte etwa, dass die britische Bevölkerung (1) einige Politiken wie die Nationalisierung der Eisenbahn zu 76% befürwortet und dem Kapitalismus über fast alle sozialen Schichten hinweg überaus negativ eingestellt ist und (2) selbst in einigen Sektoren, die bisher in der politischen Debatte gar nicht angesprochen wurden, Nationalisierungen mehrheitlich befürworten würde (Banken).

LITERATUR

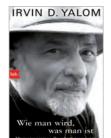
Evans, Geoffrey / Tilley, James (2017): The New Politics of Class. The Political Exclusion of the British Working Class; Oxford: Oxford University Press. | Jones, Owen (2011): Chavs. The Demonization of the Working Class; London: Verso. | Jones, Owen (2014): The Establishment. And How They Get Away With It; London: Penguin. | Legatum Institute (2017): Public opinion in the post-Brexit era: Economic attitudes in modern Britain; London; online unter: https://lif.blob.core.windows.net/lif/docs/default-source/default-library/1710-public-opinion-in-the-post-brexit-era-final.pdf, 29.12.2017. | Savage, Mike (2015): Social Class in the 21st Century; London: Penguin.



FALCO, 1985 Foto: Didi Sattmann



Bios, autobiographisches & Barbara



Irvin D. Yalom WIE MAN WIRD, WAS MAN IST

Sehr persönliche Erinnerungen, geschrieben mit der Offenheit, die ihn als Psychotherapeuten so besonders machten. Er erzählt von den Umbrüchen, die ihn und seine Arbeit geprägt haben. Er berichtet von der Kindheit in prekären

sozialen Verhältnissen, dem Minderwertigkeitsgefühl, der frühen Eigenwilligkeit, aber auch von den Kämpfen der verschiedenen psychotherapeutischen Schulen.

btb, 214 Seiten, 25,70 Euro



Sudhir Kakar DER JUNGE TAGORE

Das neue Buch des indischen Psychoanalytikers Sudhir Kakar vertieft unser Verständnis des großen indischen Dichters und Literaturnobelpreisträgers Rabindranath Tagore (1861–1941). Sud-

hir Kakar rekonstruiert die entscheidenden Jahre von Tagores Kindheit und Jugend. Er untersucht die prägenden Erfahrungen des Wunderkindes und zeigt, wie sie sein kreatives Genie formten.

DRAUPADI VERLAG, 204 Seiten, 20,40 Euro



Daniel Kaiser VÁCLAV HAVEL

Aus dem Tschechischen von Silke Klein. Väclav Havel (1936–2011) war während der Herrschaft der kommunistischen Partei einer der führenden Regimekritiker der Tschechoslowakei, mehrfach verhaftet und wiederholt im Gefängnis. Nach der

»Samtenen Revolution« wurde er zum Präsidenten gewählt. Der Journalist Daniel Kaiser zeichnet das innen- und außenpolitische Wirken des Staatspräsidenten kritisch nach.

BÖHLAU VERLAG, 379 Seiten, 34,99 Euro



Barbara
ES WAR EINMAL EIN
SCHWARZES KLAVIER

Barbara wollte als Kind nur eines: singen. Sie begann ein Gesangsstudium, tingelte in Brüssel und Paris durch die Clubs zunächst mit Chansons u. a. von Jacques Brel und Georges Brassens. Der Durchbruch gelang erst, als sie ihre Lieder

selbst komponierte – fortan füllte sie die großen Konzertsäle weltweit. Mit ihrem Lied »Göttingen« schuf sie eine Hymne für die deutsch-französische Verständigung.

C. WALLSTEIN VERLAG, 200 Seiten, 19,50 Euro

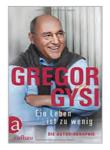


Julia Encke WER IST MICHEL HOUELLEBECQ?

Michel Houellebecq ist vor allem und mit großer Lust eines: ein Provokateur, der regelmäßig Debatten auslöst, die weit über das Literarische hinausgehen. Julia Encke beschreibt die vielen Facetten – den Visionär, den Romantiker, den Künstler – und zeigt: Er zielt mit seinen Texten mitten ins

Herz unserer Gesellschaft – weshalb auch kaum jemand eine so große Gemeinde von Fans und erbitterten Gegnern hat.

ROWOHLT BERLIN, 256 Seiten, 20,60 Euro



Gregor Gysi EIN LEBEN IST ZU WENIG

Gregor Gysi hat linkes Denken geprägt und wurde zu einem seiner wichtigsten Protagonisten. Hier erzählt er von seinen zahlreichen Leben: als Familienvater, Anwalt, Politiker, Autor und Moderator. Seine Autobiographie ist ein Geschichts-

Buch, das die Erschütterungen und Extreme, die Entwürfe und Enttäuschungen des 20. Jahrhunderts auf sehr persönliche Weise erlebbar macht.

AUFBAU VERLAG, 583 Seiten, 24,70 Euro

Terrorismus, Ukraine & Richter



Fernando Aramburu PATRIA

Was ist Heimat? Die beiden Frauen und ihre Familien, um die es in Aramburus Roman geht, sehen ihre Heimat mit verschiedenen Augen. Bittori sitzt am Grab ihres Mannes Txato, der vor über zwanzig Jahren von Terroristen erschos-

sen wurde. Miren, einmal ihre beste Freundin, heute Mutter eines Sohnes, der als Terrorist in Haft sitzt, ist alarmiert. Terrorismus greift den inneren Kern einer Gemeinschaft an. ROWOHLT, 907 Seiten, 25,70 Euro



Aharon Appelfeld MEINE ELTERN

August 1938: Am Ufer des Prut in Rumänien versammeln sich die Sommerfrischler, überwiegend säkularisierte Juden, darunter ein Schriftsteller, eine Wahrsagerin, eine früher mit einem Christen liierte Frau. Auch der zehnjährige Erwin

und seine Eltern sind hier, doch das Kind spürt, dass etwas anders ist: Hinter den Sommerfreuden, den Badeausflügen und Liebeleien geht die Welt, die alle kennen, zu Ende.

S. ROWOHLT BERLIN, 272 Seiten, 23,60 Euro



Lana Lux KUKOLKA

Ukraine, 90er Jahre. Große Party der Freiheit. Manche tanzen und fressen oben auf dem Trümmerhaufen der Sowjetunion, andere versuchen noch, ihn zu erklimmen. Auch Samira. Mit sieben Jahren macht sie sich auf die Suche nach Freiheit

und Wohlstand. Während teure Autos die Straßen schmücken, lebt Samira mit ein paar anderen Kids in einem Haus, wo es keinen Strom, kein warmes Wasser und kein Klo gibt.

AUFBAU VERLAG, 375 Seiten, 22,70 Euro



Attila Bartis DAS ENDE

András Szabad wächst in einer ungarischen Kleinstadt auf, innig geliebt von seiner Mutter, einer Bibliothekarin.
1956 wird sein Vater wegen Teilnahme am Aufstand verhaftet. Als er nach drei Jahren völlig gebrochen nach Hause

kommt, stirbt die Mutter – das Ende einer Kindheit. Mit dem Vater zieht er nach Budapest, und András entdeckt das Fotografieren. Die Kamera wird seine Leidenschaft. SUHRKAMP, 751 Seiten, 32,90 Euro



Petra Morsbach JUSTIZPALAST

Thirza Zorniger stammt aus einer desaströsen Schauspielerehe und will für Gerechtigkeit sorgen. Sie wird Richterin im Münchner Justizpalast, doch auch hier ist die Wirklichkeit anders als die Theorie: Eine hochdifferenzierte Gerechtigkeits-

maschine muss das ganze Spektrum des Lebens verarbeiten, wobei sie sich gelegentlich verschluckt, und auch unter Richtern geht es gelegentlich zu wie in einer chaotischen Familie.

ALBRECHT KNAUS VERLAG, 480 Seiten, 25,70 Euro



Max Bronski OSKAR

Ein Leichenwagen mit drei Särgen fährt durch München. Ziel: das Krematorium. Die Papiere der Toten sind alle gefälscht; offensichtlich geht es darum, Leichen illegal verschwinden zu lassen. Der scheintote Oskar erwacht auf der Fahrt

plötzlich zum Leben und befreit sich aus der klapprigen Totenkiste. Auf der klebt ein Zettel, der den vermeintlich Verstorbenen als »Person ohne Identität« ausweist.

DROEMER KNAUR, 304 Seiten, 15,50 Euro

Die Botschaft hör ich wohl...

Das außenpolitische Konzept der türkis-blauen Regierung klingt erstaunlich vernünftig und zeigt doch auch an manchen Stellen, anhand mancher Pointierungen, wes Geistes Kind diese Regierung ist.

ie Regierungspartner haben vereinbart, Österreich auch weiterhin als integrales Mitglied der EU zu positionieren, das Land klar in internationalen Institutionen zu integrieren, um einen Beitrag zur Lösung von Krisen und Konflikten zu leisten (insbesondere werden hier die Vereinten Nationen genannt). Denn, so das Regierungsprogramm auf den Seiten 22-25, »kein Staat kann die Krisen und Konflikte in der Welt alleine lösen ...« Österreich soll sich auch – jeweils im Verbund mit der EU – um die Überwindung der Spannungen, die insbesondere durch die Ukrainekrise entstanden seien, bemühen; auch im Nahen Osten soll es zu gemeinsamen Bemühungen um eine Friedenslösung, die auch die Sicherheitsinteressen Israels berücksichtigt, kommen. International will man sich bilateral und multilateral gegen Folter und Todesstrafe engagieren, weiters gegen Verfolgung religiöser, insbesondere christlicher Minderheiten und gegen religiös-extremistische Bewegungen.

Einen etwas seltsamen Klang hat bei der gegenwärtigen Regierung das Bekenntnis zu einer »klaren Politik zu Menschenrechten, Abrüstung, Rüstungskontrolle und zu nuklearfreien Zonen«. Das Bekenntnis zu Menschenrechten ist zwar erfreulich, aber es bleibt der Wunsch einzelner Exponenten der fpö in den Ohren, man wolle lieber österreichische Menschenrechte schaffen. Ist das das klare Eintreten für Grundsätze, die schon heute im Verfassungsrang stehen?

Das doch deutliche Konzept der starken internationalen und europäischen Einbindung, die gerade ein kleines Land zu seiner Sicherheit braucht wird durch die Absicht ergänzt, die Zusammenarbeit mit den Nachbarländern weiter zu stärken. Dagegen ist nicht viel einzuwenden, außer, dass sich die Regierung bewusst werden sollte, wenn sie den Nachbarn mit ihrer primär auf Innenpolitik ausgerichteten Politik auf die

Zehen steigt oder sie geradezu provoziert. In diese Kategorie fällt Italien gegenüber der Satz, man wolle die Schutzfunktion für Südtirol aktiv wahrnehmen oder den östlichen Nachbarn gegenüber die Neuregelung des Kindergeldes für im Ausland lebende Kinder von im Inland Beschäftigten.

Geradezu ein Schwerpunkt des Programms ist die Entwicklungszusammenarbeit. Die soll nun primär der Vermeidung von armutsgetriebener Migration dienen und effizienter gestaltet werden (weniger Empfängerländer, klarere Fokussierung auf Migration). Da ist die Regierung im Zentrum ihrer Interessen angekommen, allerdings mit einem recht dürftigen Instrument.

Klarer und auch ein wenig ambivalent ist das Bekenntnis zur Fortsetzung und Stärkung des österreichischen Engagements bei internationalen Auslandseinsätzen und beim Außengrenzschutz. Schwerpunkte sollen weiterhin am westlichen Balkan, dann im nördlichen Afrika und an den Migrationsrouten gesetzt werden.

Im gleichen Kapitel werden auch die europapolitischen Grundsätze geregelt. Die EU steht gemäß Regierungsprogramm zwar für »Freiheit, Demokratie und Chancen«, soll aber offenbar doch ein Stück entlang der wiederholt erhobenen Subsidiaritätsforderung rückgebaut werden. Weiterentwickeln will man sie auch bloß entlang des Szenarios 4 der Kommission (weniger und effizienter). Man will Subsidiaritätsprüfungen im parlamentarischen Verfahren schaffen, die es schon gibt. Und den österreichischen EU-Vorsitz im zweiten Halbjahr 2018 will man nutzen, um einen Kurswechsel der EU hin zu mehr Bürgernähe zu erreichen. Auch da soll für einen Subsidiaritätspakt geworben werden. Es bleibt der Phantasie des Lesers überlassen, was damit erreicht werden soll, das über

die Zielsetzung hinaus geht, die EU solle sich nicht um Kleinigkeiten, sondern um die großen Themen kümmern. Klar und deutlich ist bloß die erste Hälfte eines außen- und europapolitischen Programmpunktes: Der Beitritt der Türkei soll verhindert werden. An dessen Stelle soll ein Nachbarschaftskonzept treten.

Es lohnt durchaus ein Blick in dieses Programm. Vieles klingt vernünftig und bedarf jetzt noch ungestörter und behutsamer Umsetzung. Freilich sind einige Klippen nicht zu übersehen, allen voran die ständige Bemühung der Angst vor weiterer Migration und die Neigung der freiheitlichen Spitzen zu markigen Sprüchen, die auch im Ausland wahrgenommen werden und manchen sinnvollen Ansatz der Außen- und Europapolitik zu konterkarieren geeignet sind.



DIE BAND GIPSY LOVE LIVE IN DER CAMERA, 1971 Privatsammlung Karl und Anna Ratzer









































ZUKUNFT



ZUKUNFT































ZUKUNFT ABONNEMENT

Kupon ausschneiden & einsenden an:

VA Verlag GmbH Kaiser-Ebersdorferstraße 305/3 1110 Wien

O ein **ZUKUNFT**-Schnupperabo (3 Hefte) um 12,- Euro Ich bestelle O ein **ZUKUNFT**-Jahresabo (11 Hefte) um 49,- Euro

Name:

Straße:

Ort/PLZ:

Tel.:

E-Mail: Unterschrift: